

## Protokoll

18. Sitzung der Legislatur 2007/2011

**Dienstag, 08. Dezember 2009, 18.00 Uhr, im Seeparksaal**

<b>Vorsitz:</b>	Parlamentspräsident Bernhard Bertelmann, SP
<b>Anwesend Stadtparlament:</b>	30 Mitglieder
<b>Anwesend Stadtrat:</b>	4 Mitglieder
<b>Entschuldigt:</b>	Stadträtin Veronika Merz, SP
<b>Protokoll:</b>	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

---

### Traktanden

- 18/ 1. Mitteilungen
- 18/ 2. Ersatzwahl von vier Mitgliedern des Wahlbüros für die Amtszeit 2007/2011
- 18/ 3. Botschaft Voranschlag 2010
- 18/ 4. Aufsichtsbeschwerde E. Yilmaz und D. Feuerle gegen den Präsidenten der Einbürgerungskommission A. Vonlanthen
- 18/ 5. Bildung Kommission Friedhofgärtnerhaus eingeschobenes Traktandum
- 18/ 6. Fragerunde
- 18/ 7. Verschiedenes
  - Information aus dem Stadtrat

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien.

Ich begrüsse Sie und heisse Sie zu unserer 18. Parlamentssitzung ganz herzlich willkommen.

Es steht uns heute eine reich befrachtete Traktandenliste bevor, die sicher zu intensiven Diskussionen führen wird. Das Büro des Parlaments hat beschlossen, wenn immer möglich, sämtliche Traktanden zu behandeln. Sicher werden wir eine 15minütige Pause einfügen, bevor wir zur Abstimmung über den Voranschlag kommen. Ich weise Sie darauf hin, dass Eingeklemmte und Getränke zur Verfügung stehen. Bitte bezahlen Sie diese selbständig in die Kasse. Die Preise verstehen sich selbstredend rein netto.

Für die heutige Sitzung krankheitshalber entschuldigt hat sich Stadträtin Veronika Merz. Wir wünschen ihr an dieser Stelle gute Besserung. Für allfällige Nachfragen ist verdankenswerterweise Peter Wenk zugegen.

Bevor wir zum Namensaufruf kommen, möchte ich Stadtmann Martin Klöti das Wort übergeben.

**Stadtmann Martin Klöti:** Ich werde in Gedenken an Romy Egerter eine kurze Mitteilung verlesen. Romy ist am 31. Mai 1949 geboren und gestorben ist sie am 24. Oktober 2009. Romy trat im Jahr 2000 als Assistentin des Stadtmanns in die Dienste der Stadt Arbon ein. Seit dem Jahr 2003 war sie mit grossem Engagement für das Stadtparlament tätig, an dessen Aufbau Romy wesentlich mitbeteiligt war. Romy war eine humorvolle, hilfsbereite und von allen geschätzte Mitarbeiterin und Kollegin. In Dankbarkeit gedenken wir Romy und werden sie immer in bester Erinnerung behalten.

#### **Namensaufruf**

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 30 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 16.

#### **Traktandenliste**

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Im Namen des Büros stelle ich den Antrag, die Traktandenliste der heutigen Sitzung wie folgt zu ändern:

Die Traktandenliste soll mit einem weiteren Traktandum ergänzt werden, nämlich mit dem Traktandum 18/ 5.: Botschaft Friedhofgärtnerhaus: Bildung einer Kommission.

Die folgenden Traktanden sollen um eine Ziffer erweitert nummeriert werden:

18/ 6. Fragerunde  
18/ 7. Verschiedenes

Begründung: Sollte die nächste Parlamentssitzung im Januar ausfallen, kann eine Kommission erst an der Parlamentssitzung im Februar gebildet werden und die Kommission erst anschliessend ihre Arbeit aufnehmen. Dies würde zu einer unnötigen Verzögerung des Geschäftes führen. Das Büro ist der Meinung, dass das Parlament bereits genügend Informationen zu diesem Geschäft besitzt, damit eine Kommission auch ohne vorliegenden Bericht des Stadtrates gebildet werden kann.

Ich bitte sie deshalb, dem Antrag zuzustimmen.

**://: Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

Die geänderte Traktandenliste wird somit genehmigt.

#### **1. Mitteilungen**

##### ***Unterlagen***

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

##### **Per A-Post:**

**Mit Versand 1 vom 17. November 2009**

- Einladung mit Traktandenliste
- Geschäftsreglement für das Arboner Stadtparlament vom 08. September 2009

**Mit Versand 2 vom 24. November 2009**

- Kommissionsbericht der FGK
- Kommissionsbericht der FGK betreffend Aufsichtsbeschwerde E. Yilmaz und D. Feuerle gegen den Präsidenten der Einbürgerungskommission A. Vonlanthen
- Beantwortung Motion von E. Willi-Castelberg, SP und K. Brühwiler, SVP betreffend „Aufhebung und Neugestaltung Betriebskonzept Strandbad und Campingplatz Buchhorn“
- Beantwortung einfache Anfrage von E. Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften betreffend „Beschaffung Holz und Holzprodukte“

**Per E-Mail am 07. Oktober 2009:**

- Parlamentsprotokoll der 17. Sitzung vom 18. August 2009. Das Protokoll wurde vom Parlamentsbüro nach einer Korrektur genehmigt und ist seit dem 22. Oktober 2009 im Internet abrufbar.

**Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro**

1. Parlamentarische Vorstösse:  
An der heutigen Sitzung wurde folgender Vorstoss abgegeben, welcher nach der Zirkulation im Parlament an den Stadtrat weitergeleitet wird:

**Motion von Andrea Vonlanthen, SVP** betreffend „Einführung von Sozialdetektiven in Arbon“.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglements bestehen für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Andrea Vonlanthen, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

**Präsident Einbürgerungskommission Andrea Vonlanthen:** Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements informiere ich sie namens der EBK wieder über die gefassten Beschlüsse und die zu behandelnden Gesuche.

Die Einbürgerungskommission hat seit der letzten Parlamentssitzung zwei weitere schriftliche Prüfungen durchgeführt und an vier Sitzungen 28 Gesuchstellende mündlich befragt.

**Beschlüsse der Einbürgerungskommission**

(Sitzung EBK vom 29. September, 26. Oktober, 10 November und 02. Dezember 2009)

**1. Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon wurden folgende Personen aufgenommen**

- Redzepe Adhurim, 1992, mazedonischer Staatsangehöriger
- Hetemi Besmi, 1993, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Nuraj Monushe, 1967, kosovarische Staatsangehörige
- Nuraj Florentina, 1990, serbische Staatsangehörige
- Nuraj Fatjona, 1994, serbische Staatsangehörige
- Tolja Belma, 1969, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- Kumbaric Armin, 1993, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
- Ujkanovic Safet, 1960, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Ujkanovic Rusadije, 1958, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Ujkanovic Adis, 1993, Serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Marrone Sabrina, 1992, italienische Staatsangehörige
- Dreno Ignacije, 1965, kroatischer Staatsangehöriger
- Dreno Kata, 1973, kroatische Staatsangehörige
- Dreno Thomas, 1995, kroatischer Staatsangehöriger
- Dreno Bruno, 1997, kroatischer Staatsangehöriger
- Dreno Anita, 2001, kroatische Staatsangehörige
- Oliveira Aparicio Andreia, 1989, portugisische Staatsangehörige
- Oliveira Aparicio Sabrina, 1991, portugisische Staatsangehörige

- Kaya Cigdem, 1989, türkische Staatsangehörige

Das Gemeindebürgerrecht bildet die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten. Im Namen der Einbürgerungskommission und damit auch unseres Stadtparlaments gratuliere ich diesen Personen zur Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht und wünsche ihnen eine sichtbare Motivation zur persönlichen Mitwirkung in Staat und Gesellschaft und viel Freude an unseren politischen Errungenschaften und Privilegien.

## 2. **Gesuch zur Einbürgerung zurückgestellt**

Das Einbürgerungsgesuch von sechs Gesuchstellenden aus Serbien-Montenegro (eine 4-köpfige Familie) und 2 Einzelpersonen, einem Gesuchsteller aus Bosnien-Herzegowina und einem Gesuchsteller aus Sri Lanka wurde zurückgestellt.

## 3. **Zur Behandlung anstehende Gesuche**

(Sitzung EBK vom 26. Januar und 09. Februar 2010)

- Cardigliano Saila, 1990, italienische Staatsangehörige
- Maksimovic Milos, 1991, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Zulji Resida, 1993, serbisch montenegrinische Staatsangehörige
- Sari Serkan, 1975, türkischer Staatsangehöriger
- Da Silva Chayany Flavia, 1975, brasilianische Staatsangehörige.
- Da Silva Aylin, 2002, brasilianische Staatsangehörige
- Da Silva Selin, 2002, brasilianische Staatsangehörige
- Zumeri Shkenc, 1987, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Im Moment liegen noch 40 pendente Gesuche von 65 Personen vor. Zur Behandlung in der Einbürgerungskommission stehen aber nur noch 9 Gesuche von 11 Personen an, bei denen die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vorliegt. Alle diese Gesuchsteller werden am 17. Dezember 2009 zur letzten schriftlichen Prüfung dieses Jahres erscheinen. Damit werden wir das Ziel, den Pendenzenberg der behandlungsreifen Gesuche bis Ende Jahr abzutragen, erreichen.

Von Peter Wenk, der während der krankheitsbedingten Abwesenheit von Stadträtin Veronika Merz wie ursprünglich vorgesehen, die Bereichsleitung verkörperte, wurden noch einige weitere statistische Angaben vorgelegt:

- Die Einbürgerungskommission hat in diesem Jahr 55 Gesuche von 110 Personen behandelt.
- Zurückgestellt wegen mangelnder Integration oder auch ungenügender Existenzgrundlage wurden 11 Gesuche von 20 Personen (jedes 5. Gesuch).
- Endgültig abgelehnt wurden 2 Gesuche von 4 Personen.

## 2. **Ersatzwahl von vier Mitgliedern des Wahlbüros für die Amtszeit 2007/2011**

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Wir haben den Rücktritt von vier Mitgliedern des Wahlbüros erhalten. Es sind dies:

Marguerite Grandjean und Doris Wegmann, beide SP und Gewerkschaften sowie Regula Meier und Lena Gasser, beide FDP.

Sowohl die FDP wie auch die SP schlagen je zwei neue Personen zur Wahl vor.

- Sarabia Colombe, geb. 20.07.1987, von Trubschachen Bern, Gerbergasse 22, 9320 Arbon  
- Buschor Tamara, geb. 17. 08. 1990, von Altstätten SG, Fliederweg 2, 9320 Arbon  
beide für die SP, sowie:

- Wiher Martina, geb. 24.12.1983 von Zürich ZH und Jenins GR, Turmgasse 4, 9320 Arbon  
- Gähler Pascal, geb. 25.03.1990 von Urnäsch AR, Landquartstrasse 46b, 9320 Arbon  
beide für die FDP.

Gibt es weitere Vorschläge? Wenn nicht, werden die Kandidaten vorgestellt und die Wahlen erfolgen einzeln.

Gemäss Artikel 57 des Geschäftsreglements handelt es sich um eine offene Wahl, sofern nicht ein Parlamentsmitglied geheime Wahl verlangt. Wir kommen zur Wahl.

Ich bitte zuerst die SP mit der Kurzvorstellung von Colombe Sarabia.

**Erica Willi-Castelberg, SP:** Gerne schlage ich Ihnen als neues Mitglied des Wahlbüros Colombe Sarabia vor. Frau Sarabia ist 22-jährig. Sie verbrachte ihre erste Lebenszeit in Amerika und kam als Drittklässlerin hier nach Arbon. Sie absolvierte eine Lehre als Detailhandelsfachfrau und arbeitet heute in diesem Beruf in St. Gallen.

**::/:** **Colombe Sarabia wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für die verbleibende Amtszeit 2007/2011 gewählt.**

**Fabio Telatin, SP:** Wir schlagen Tamara Buschor zur Wahl vor. Frau Buschor wohnt im Fliederweg 2 in Arbon. Sie ist am 17.08.1990 geboren. Frau Buschor ist in Arbon aufgewachsen und absolvierte hier die neun obligatorischen Schuljahre. Sie absolvierte die Malerlehre von vier Jahren in unserem Betrieb und schloss später diese mit Bravour ab. Als junge gelernte Malerin und interessierte Person an Politik und Geschehen in Arbon empfehlen wir ihnen deshalb gerne Tamara Buschor als Vertrauensperson.

**::/:** **Tamara Buschor wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für die verbleibende Amtszeit 2007/2011 gewählt.**

**Werner Keller, FDP:** Für die zurücktretende Urnenoffiziantin Regula Meier, schlägt ihnen die FDP Arbon folgende Kandidatin als Mitglied für das Wahlbüro vor: Martina Wiher, geb. 24.12.1983, wohnhaft seit 2000 in Arbon, hat nach 5-jähriger Tätigkeit als Primarlehrerin, im Sommer ein Jus-Studium an der Universität in Zürich angefangen. Sie ist wohnhaft an der Turmgasse 4 in Arbon und ist eine sehr vielseitig interessierte junge Frau.

Für die zurücktretende Lena Gasser schlagen wir ihnen Pascal Gähler, geb. 25.03.1990, zur Wahl vor. Pascal Gähler wohnt an der Landquartstrasse 46b, ist geboren und aufgewachsen in Arbon, in der wunderschönen Stadt am Bodensee, wie er selbst auf seiner Homepage sagt. Seine Lehre als Konstrukteur machte er bei der Firma Gallus Ferd. Rüsch AG in St. Gallen wo er auch zurzeit noch arbeitet. Nach besuchter Rekrutenschule im Frühling 2010, möchte er gerne studieren.

Die FDP/DKL Fraktion bedankt sich für die Unterstützung.

**::/:** **Martina Wiher wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für die verbleibende Amtszeit 2007/2011 gewählt.**

**::/:** **Pascal Gähler wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für die verbleibende Amtszeit 2007/2011 gewählt.**

Ich danke den zurücktretenden Mitgliedern des Wahlbüros für die geleistete Arbeit. Die frisch gewählten Wahlbüromitglieder begrüsse ich ganz herzlich. Es freut uns alle, dass sich auffallend viele junge Menschen für die Politik interessieren und sich auch entsprechend engagieren. Ich wünsche den Gewählten im Namen des Parlaments viel Freude im neuen Amt und eine gute Zusammenarbeit innerhalb des Gremiums.

### **3. Botschaft Voranschlag 2010**

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Wir behandeln das Budget als Antrag des Stadtrates. Ich begrüsse zu diesem Traktandum Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung, welche in verdankenswerter Weise allfälligen Änderungen elektronisch aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird uns daher das Endergebnis direkt vorliegen.

Vom Stadtrat liegen folgende Anträge vor:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2010 sei bei 76% zu belassen.
2. Der Voranschlag 2010 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 2'680'780.— Mio. Franken sei zu genehmigen..
3. Die Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von 7'296'000.— Mio. Franken sei zu genehmigen.

Es liegt Ihnen auch der Kommissionsbericht mit den Anträgen der FGK sowie mit den daraus resultierenden Zahlen vor.

Der Bericht mit den Anträgen der FGK ist ihnen vorgängig zugestellt worden. Während der materiellen Beratung sind sie selbstverständlich berechtigt, weitere Anträge zu stellen.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass das Eintreten gemäss Art. 17 der Gemeindeordnung obligatorisch ist.

Das Wort zum **Eintreten** erteile ich zuerst Silke Sutter Heer als Präsidentin der FGK.

**Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer:** Die FGK hat Budget und den Finanzplan in vier Sitzungen zuhänden des Parlaments geprüft und intensiv diskutiert. Am jährlichen Treffen des Stadtrates und der FGK zum Budget haben die zuständigen Stadträtinnen und Stadträte offen und kompetent die zahlreichen Fragen der FGK beantwortet. Die FGK erhielt dabei einen vertieften Einblick in die Überlegungen und Planungen der einzelnen Ressorts und Abteilungen. Im Mittelpunkt standen bei den intensiven Gesprächen vor allem die geplanten Investitionen im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Defizit. Wir möchten dem Stadtrat und den Abteilungsleitenden für die angenehme und interessante Zusammenarbeit bestens danken.

Bei den Steuereinnahmen springt vor allem der Einbruch bei den juristischen Personen ins Auge. Da vor allem die Export- und Maschinenindustrie von der Wirtschaftskrise betroffen ist, sind die Auswirkungen in Arbon deutlich spürbar. Dem stehen stabile Verhältnisse bei den Einnahmen der natürlichen Personen gegenüber, welche aufgrund der Zuzüge in den nächsten Jahren steigen sollen. Dieser Anstieg wurde mit + 3.0 Prozent pro Jahr nach Ansicht der FGK realistisch geschätzt. Trotz schwieriger Zeiten, betonte Stadtmann Martin Klöti, solle an einer Politik der Stabilität festgehalten werden. Der Stadtrat hat sich ganz offensichtlich von der Krise nicht einschüchtern lassen und hält an seinem Kurs fest. Dabei soll nur das ausgeführt werden, was seit Jahren und damit im Legislaturplan auch vorgesehen und geplant ist. Es soll in die Infrastruktur und damit in die Zukunft und die Lebensqualität von Arbon investiert werden. Diesen Überlegungen konnte sich die FGK mehrheitlich anschliessen.

Stadtmann Martin Klöti informierte die FGK, dass die neue Linienführung der Kantonsstrasse (NLK) diverse Projekte und damit Investitionen nach sich zieht. Einzelne Investitionen können damit nicht einfach gestrichen werden, ohne dass dies nicht Konsequenzen für die NLK beziehungsweise die zu erwartenden Gelder aus dem „Aggloprogramm“ haben würde (z.B. Neuregelung öffentlicher Verkehr).

Mit Bedauern nahm die FGK zur Kenntnis, dass in der Abteilung Bau/Freizeit/Sport die Reorganisation personell nicht völlig abgeschlossen ist. Dies hat zur Konsequenz, dass das seit Jahren geforderte Projektcontrolling noch nicht eingeführt werden konnte. Zwar führt Stadtrat Reto Stäheli für einzelne Projekte ein solches Controlling, er räumte aber offen ein, dass noch keine Gesamtübersicht über die laufenden Projekte – und damit die finanzielle und personelle Planung - vorhanden ist. Das Controlling soll jedoch bis Mitte 2010 eingeführt sein.

Bei den Parkanlagen (Kto. Nr. 1330.3180 + 1330.3181) sind Mehrausgaben von rund Fr. 89'000 für Unterhaltsarbeiten vorgesehen. Diese Arbeiten sollen von der Firma Dock eingekauft werden. Offenbar hat die Verunreinigung der Parkanlagen in den letzten Jahren so stark zugenommen, dass diese Arbeiten nicht mehr alleine durch den Werkhof zu bewältigen sind. Aufgrund der vielen Reklamationen werden die Parkanlagen nun häufiger gereinigt.

In der Abteilung Soziales/Amtsvormundschaft/Vormundschaftsamt sind erneut Stellenaufstockungen geplant. Noch 2008 sind die Fallzahlen bei der Sozialhilfe auf 300 Fälle gestiegen, 2009 werden es gemäss Hochrechnung 350 Fälle sein, 2010 wird mit 400 Fällen gerechnet. Dieses Mehr an Fällen löst nachvollziehbar einen höheren Personalbedarf von 50 Stellenprozenten aus (Kto.Nr. 1581.3010), da so unter dem Strich langfristig Kosten bei den Sozialausgaben gespart werden können. Bewährt hat sich die Sozialfirma Dock, welche trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten nach wie vor ausgelastet ist. Der Nettoaufwand von derzeit Fr. 200'000 gegenüber früheren Ausgaben von netto Fr. 600'000 für die Beschäftigungsprogramme rechtfertigt die Weiterführung dieser Institution schon allein aus finanziellen Gründen. Mit diesen Ausführungen ist nicht die Stellenaufstockung im Zusammenhang mit der aufsuchenden Jugendarbeit gemeint (Kto.Nr. 1542.3010). Hierfür ist separat eine Stellenaufstockung von 30 % geplant.

Die FGK ist zum Schluss gekommen, dass sich der Stadtrat nicht von der Krise beeindrucken liess, sondern wohlüberlegt seinen Kurs weiterverfolgt. Dabei musste jeder Stadtrat in seinem Ressort eine Kürzung von 10 Prozent gegenüber den ersten Budgetanträgen vornehmen. Es ist nicht neu, dass in den kommenden Jahren ein hohes Investitionsvolumen auf Arbon zukommt. Dieses bringt aber einen entsprechenden Gegenwert an Infrastruktur und Lebensqualität. Die neue Führung der Kantonsstrasse ist eine grosse Chance für die Entwicklung Arbons. Dieses Projekt ist eine Investition in die Zukunft und für kommende Generationen, das Mut

und Weitsicht braucht. Die Investitionszahlen sind hoch, aber tragbar. Alles, was zusammenhängt, muss nun umgesetzt werden. Dabei ist für die FGK auch klar, dass man nun „Kopf und Hände“ nicht mit zu vielen kleinen Projekten belasten darf. Sie kommt aber zum Schluss, soweit sie nicht gegenteilige Anträge stellt, dass die vorgesehenen Investitionen von netto 7.296 Mio. angebracht sind.

Die FGK kann auch dem Vorhaben des Stadtrates, künftig die grösseren Investitionen linear auf 25 Jahre abzuschreiben, zustimmen. Damit fallen nicht mehr am Anfang einer Investition viel höhere Abschreibungen als am Ende an und diese werden besser auf die Abschreibungszeit verteilt.

Das vorgelegte Budget 2010 erreicht einen Selbstfinanzierungsgrad von 10 Prozent (inkl. Memopositionen) und liegt damit noch einmal deutlich tiefer als vor einem Jahr. Das Ziel ist nach wie vor, mittelfristig einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent zu erreichen. Dass dieses Ziel angesichts der geplanten Investitionen kurzfristig nicht erreicht wird, versteht sich von selbst.

Die FGK kam einstimmig zum Schluss, dass sie einer Beibehaltung des Steuerfusses von 76 Prozent zustimmen kann. Es stellt sich jedoch die Frage, wie realistisch es ist, dass dieser Steuerfuss angesichts des tiefen Selbstfinanzierungsgrades künftig beibehalten werden kann.

Abschliessend bedanke ich mich bei meinen Kommissionskolleginnen und –kollegen ganz herzlich für die effiziente und kollegiale Zusammenarbeit sowie die konstruktiven und interessanten Diskussionen. Ein spezieller Dank geht auch an den Stadtrat und die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter.

Das Eintreten ist obligatorisch.

**Roman Buff, CVP/EVP:** Die CVP/EVP Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die FGK hat wie üblich Position um Position des Budgets durchberaten und dem Stadtrat einen Fragenkatalog vorgelegt, der von diesem rasch beantwortet wurde.

Es liegt ein hochrotes Budget 2010 vor. Die Erklärung ist relativ einfach: Auf der Einnahmeseite besteht ein regelrechter Einbruch der Steuereinnahmen der juristischen Personen aufgrund der Wirtschaftskrise. Aus demselben Grund muss die Abteilung Soziales mit massiv mehr Fallbearbeitungen rechnen, was einen höheren Personalbedarf von 50 Stellenprozenten nach sich zieht, um die Fälle sorgfältig bearbeiten zu können. Dies wird sich mittel- und langfristig aber lohnen, können doch so Kosten gespart werden.

In der Verwaltung ist der Herkules-Brocken der Reorganisation der Bauverwaltung auf gutem Wege, die Stellen des Tiefbauers und des Stadtplaners sind neu kompetent besetzt und die Besetzung der Stelle des Hochbauers ist auf gutem Wege. Weitere subalterne Stellen müssen noch ersetzt werden und nach einer noch nötigen Einarbeitungszeit, sollte die Bauabteilung soweit sein, die kommenden grossen Investitionen optimal bewältigen zu können.

Der Stadtrat hat gut daran getan, sich von der Krise nicht zu sehr einschüchtern und beeindrucken zu lassen. Grosse Investitionen sind zu tätigen, wobei diese in jährlichen Tranchen budgetwirksam werden. Diese Investitionen lösen auch immer wieder Beiträge von Bund und Kanton aus und hängen untereinander zusammen: NLK, Spange Süd, ÖV-Konzept, Saurer Werk 2, Bachsanierungen, Lebensraum Altstadt, Parkplatzmanagement usw. In diesem Zusammenhang beruhigt auch, dass in der Stadtkanzlei seit kurzem die Personalressourcen erhöht wurden, damit eine steuernde und lenkende Geschäftsplanung für Stadtrat und das Parlament effizienter werden.

Bei einem roten Budget besteht die Gefahr, dass soziale und kulturelle Anliegen sozusagen unter die Räder kommen, was sich langfristig aber für eine Stadtentwicklung negativ auswirkt und nicht immer sofort in einem Benefit in Franken ausdrücken lässt. Wir denken da beispielsweise an die Integration von Ausländern, die nach der Minarett-Abstimmung eine neue Dimension bekommen hat, und an die Kinder- und Jugendarbeit mit der beantragten Stellenerhöhung. Auch hier fährt der Stadtrat einen Kurs in wirtschaftlich schlechten Zeiten, dem zuzustimmen ist.

Nachdem nun 2009 in drei wichtigen Abstimmungen, nämlich Hafen, Königareal und Kappeli vom Souverän zugestimmt wurden, freut sich die CVP/EVP-Fraktion, dass wir dieses Budget 2010 nun materiell beraten können, dass die positive Weiterentwicklung, wie sie in Arbon eingeleitet wurde, vom Stadtrat weiterverfolgt werden kann.

**Elisabeth Tobler, SVP:** Im Namen der SVP Fraktion danke ich dem Stadtrat und dem Stadtpersonal für das erstellte Budget und die Erläuterungen.

Nach mehreren sogenannten guten Jahren mit bis zu sehr starken Überschüssen befinden auch wir uns vor einem Jahr, das gemäss Stadtrat, mit einem Minus von rund 2,6 Mio. Franken abschliessen soll. Wir belegen nun, zusammen mit Romanshorn, den viert höchsten Platz bei den Gemeindesteuern im Kanton neben Landgemeinden wie z. B. Fischingen, Homburg, Birwinken und müssen zusehen, wie umliegende Gemeinden investieren und trotzdem den Steuerfuss senken können, darunter auch grössere Gemeinden mit Zentrumsfunktion wie z.B. Amriswil. Uns wird vom Stadtrat sogar eine notwendige Diskussion über eine Steuerfusserhöhung in Aussicht gestellt.

Die SVP hat generell den Eindruck, dass der sogenannte sorgsame Umgang mit unseren Finanzen besser sein sollte. Wie viele Personen müssen Steuern zahlen z.B. für die Realisierung eines 150'000 Franken teuren Stadtfestes oder wie viele waren es für die 200'000 Franken teure Reorganisation der Bauverwaltung? Die Frage sei erlaubt, ob der Stadtrat bei seinen Entscheidungen sich dessen bewusst ist und sich dies überlegt, bevor er eine Position ins Budget nimmt oder wenn er einen Nachtragskredit spricht? Sind dies für ihn nur einfache Zahlen mit Nullen daran, ohne dass er die geleistete Arbeit von Personen und Firmen darin sieht?

Dies alles führt zur Frage, wie vorausschauend der Stadtrat wirklich seine Finanzen plant, im Wissen um den zukünftig hohen Finanzbedarf bei einem solch grossen Investitionsvolumen, wie es der Stadtrat in den nächsten 2-3 Jahren umsetzen will, wenn man bedenkt, dass vor allem der Finanzchef und der Stadtmann sich sehr stark für die Flat Rate Tax eingesetzt haben, die bis zu 13% weniger Einnahmen generiert hätte. Es kann nicht sein unter diesem Aspekt, dass jedes Ressort für sich möglichst viel beansprucht. Es ist selbstverständlich und gehört zur obersten Führung, Prioritäten zu setzen.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass trotz der Finanzkrise der Steuerertrag bei den juristischen Personen wiederum zu tief berechnet wurde.

Es fällt wiederum der Planungsbereich mit sehr hohen budgetierten Kosten auf. Dass es Planungen vor Investitionen braucht ist klar, aber ob diese alle jetzt sofort in dieser Höhe notwendig sind, ist fraglich.

Im Bereich Soziale Wohlfahrt stellen wir eine geradezu hektische Aktionitis fest, die weit über das hinausgeht, was gesetzlich vorgeschrieben ist. Andere Gemeinden machen in solchen Zeiten das, was notwendig ist und haben deshalb viel weniger Sozialausgaben wie Arbon. Bedürftige müssen ohne Frage unterstützt werden, aber es gehört nicht zu den Grundbedürfnissen, herauszufinden, was man auch noch anbieten könnte im sozialen Bereich und dazu sogar noch Stellenprozente anzufordern. Es gibt bei uns durchaus eine gesunde und kostengünstige Integration in den vielen lebendigen Vereinen, die Arbon hat. Diese Vereine mit genügend finanziellen Mitteln auszustatten und zu unterstützen und nicht auf Sponsorensuche zu schicken, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind, ist vielmals die bessere Integrationsarbeit. Die Verantwortlichen in den Vereinen müssen für den ordentlichen Betrieb schon Jahr für Jahr genügend Sponsoren haben, da nützt ihnen auch ein Vereins-Check-up nichts, das wissen sie selber. Auch ist es nicht notwendig, Konkurrenzangebote zu den ehrenamtlichen Angeboten aufzustoßen, und damit den dort Tätigen den Elan zu nehmen. Nachher kostet dies alles wiederum Stellenprozente und ist für die Stadt wesentlich teurer. Es braucht keine Totalkontrolle des sozialen Lebens durch den Bereich Soziales der Stadt.

Gerade weil man das Tätigkeitsfeld im Sozialbereich beliebig erweitern kann und ein Mehrwert nicht kontrollierbar ist, sollte man sich hier auf das gesetzlich Notwendige konzentrieren, sonst laufen uns hier die Finanzen aus dem Ruder.

Kritisch sein wie es die SVP ist, bedeutet auch Sorge zur Stadt und deren Entwicklung zu tragen. Das kommt einem manchmal vor wie „Rufer in der Wüste“ zu sein. Diese Kritik sollte nun endlich zur Kenntnis genommen werden, und nicht einfach als Sand im Getriebe und negatives Denken von „denen Da“ gewertet werden. Wenn man „Vertrauen“ vom Bürger einfordert, sollte man auch diese Stimmen und Signale Ernst nehmen und mit mehr Fingerspitzengefühl damit umgehen.

Nicht gerade vertrauensbildend wirkt es da, wenn der Stadtrat die Wahl einer Migration-Kommission, Baubeginn beim Imbersbach und Ausschreibung des Projektwettbewerbs Tiefgarage Engelplatz kommuniziert, noch bevor das Budget durch das Parlament genehmigt wurde. Dass die Bürger mündig sind, aber auch besorgt sind und Prioritäten setzen, vor allem in finanziell angespannten Zeiten und in Anbetracht der hohen Investitionen, die auf uns zukommen, zeigt die mit nur gerade 126 Mehrstimmen äusserst knappe Annahme des Kappeli-Umbaus. Ob der Stimmbürger dann die wirklich dringenden Investitionen an der Urne auch unterstützt, ist somit auch eine Frage des Vertrauens.

Ich wiederhole meinen letztjährigen Satz, dass sich die SVP weiterhin für eine gedeihliche Entwicklung unserer Stadt zu einem vernünftigen Preis einsetzen will. Deshalb unterstützt sie eine massvolle Investitionspolitik. Aber wir möchten qualitativ gute, nachhaltige Investitionen realisieren, die bezahlbar sind und nicht



Hochglanzprospekt-Investitionen mit klingenden Namen, die langfristig unsere finanziellen Möglichkeiten übersteigen. Es ist eine Tatsache, dass vieles im Fluss ist, aber dass es auch die Gnade braucht, gewisse Dinge später zu realisieren. Man kann nicht alles, was in den letzten 10 Jahren nicht investiert wurde, in die nächsten 2-3 Jahre hineinwürgen. Bekanntlich sind Gedanken schneller als man Dinge realisieren kann aufgrund der Finanzen oder der Ressourcen der Mitarbeiter oder des täglichen Kleinkrams. Visionen haben ist gut und nötig, sie sollten aber bezahlbar sein, auch langfristig. Man kann in einer höheren Liga spielen, auch mit einer Langfrist-Perspektive.

Bei den Investitionen hat vor allem die Neue Linienführung Kantonsstrasse NLK absolute Priorität. Dies ist den Parlamentariern klar und muss auch der Bevölkerung nahegebracht werden. Störend ist es gerade vor solchen grossen Projekten, dass, erst nach einem Leserbrief und, wohlgemerkt, erst nach den Beratungen durch die FGK, ein erweiterter Investitionsplan mit Unterteilung in zwingend, dringend und wünschbar vorgelegt wurde. Dabei sind Investitionen zwingend, die mit dem Erhalt der Agglomerationsgelder zusammenhängen, was wir sehr unterstützen. Aber spätestens bei den dringenden Investitionen hätten wir vom Stadtrat eine Feinjustierung in Stufe 1-3 erwartet, wie das jede Firma tun würde bei einem solchen Defizit. Antizyklisches Verhalten der Stadt ist in Ordnung, wenn einheimische Betriebe die Aufträge erhalten, aber doch bitte nicht so, dass bereits in zwei Jahren die Steuereinnahmen nicht mehr für einen ordentlichen Haushalt ausreichen, denn auch bis dann ergeben sich wieder dringliche neue Situationen, die Unterstützung durch die Stadt erforderlich machen.

Aus all diesen Erläuterungen fragt sich die SVP, ob es eine gute Lösung ist, wenn das Parlament einzelne Positionen aus dem Budget herausstreicht oder alle Projektkredite um mindesten 20 % reduziert, oder ob wir das Budget zurückweisen sollten und der Stadtrat somit nochmals die Chance hat, die Ausgaben um mindestens 5 % zu reduzieren. Die SVP beantragt Ihnen deshalb die nicht unbedingt beliebte Rückweisung des Budgets an den Stadtrat, mit dem Auftrag, die Ausgaben um mindestens 5 % zu reduzieren. Der Antrag Rückweisung des Budgets wurde bereits in der FGK gestellt und ist im FGK Bericht an das Parlament leider nicht erwähnt worden.

Wir alle leben schon lange in Arbon, lieben unsere Stadt, leben gerne hier und werden wohl hier bleiben wollen. Wir alle engagieren uns in unserer Freizeit hier im Parlament und in Vereinen, die meisten von uns sogar ehrenamtlich und in hohem Masse. Wir alle wollen Arbon vorwärts bringen - aber nicht um jeden Preis.

**Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften:** Vorerst bedanke ich mich sehr für die Extraleistung aus dem Finanzamt, die pünktliche Zustellung weiterer übersichtlicher und informativer Finanzpapiere. Ich hätte mir allerdings noch gewünscht, dass beispielsweise das Berechnen der gesamten jährlich sich kumulierenden Belastungen nicht weiterhin den Parlamentsmitgliedern überlassen würde. Und so frage ich mich grundsätzlich, wie viel Gratis-Heimarbeit uns zugemutet werden darf und soll, wenn die Sachen ja, wie mir Stadtrat Patrick Hug versicherte, alle bei ihnen auf dem Tisch liegen. Wertvoll erscheint mir, dass der Stadtrat nun eine Prioritäten-Liste beschlossen hat. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass möglichst viele Informationen und gut ersichtliche Darstellungen als selbstverständlich dem Parlament zur Verfügung gestellt werden müssen, besonders wenn so viel ansteht wie jetzt und in den nächsten Jahren.

Das diesjährige Budget weist im Vergleich zu vergangenen Jahren hohe Investitionen und ein sehr hohes Defizit aus. Ein antizyklisches Verhalten in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit ist durchaus im Sinne der SP und Gewerkschaften.

Allerdings werden diese speziellen Ausgaben sehr einseitig für Bau und Baugewerbe eingesetzt. Wir könnten nicht tolerieren, wenn im Gegenzug in den Bereichen Alter, Jugend, soziales Zusammenleben, Kultur oder Umwelt Einsparungen gemacht würden.

Wir weisen auch darauf hin, dass ohne die vorgenommenen Steuerreduktionen der letzten zwei Jahre das Defizit wesentlich kleiner wäre und wir um einiges lockerer an die Aufgaben herangehen könnten und der kommenden Generation weniger Schulden und damit mehr eigene Entscheidungsfreiheit hinterlassen würden.

Der Stadtrat trägt eine grosse Verantwortung bezüglich Zeitplanung der vielen Projekte. Wird das Fuder in den nächsten zwei-drei Jahren überladen, werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger missgestimmt und entsprechend reagieren. Da ist einiges an Fingerspitzengefühl vonnöten. Zum Beispiel in einer längeren zeitlichen Staffelung der Projekte, sprich im Hinausschieben nicht zwingender oder dringlicher Aufgaben. Auch ob wirklich für jedes Projekt, jeden Park, jedes Parkhaus erst ein teurer Wettbewerb lanciert werden muss, wird jetzt schon in der Bevölkerung sehr kritisch hinterfragt.

Der Stadtrat will laut Zusatz-Papier bei Projekten über 500'000 Franken ab dem Jahr 2011 lineare Abschreibungen vornehmen. In gewissen Fällen kann das zweckmässig sein. Uns interessiert deshalb, wie die

gesetzlichen Grundlagen dazu lauten, und ob der Kanton eine lineare Abschreibung bei von ihm subventionierten Objekten toleriert.

Zuletzt noch ein Wort zu den Grundlagen dieses Budgets. Sie beruhen auf der Annahme von einem jährlichen Anstieg der Steuereinnahmen um 3 Prozent. Dies ist unserer Meinung nach zu optimistisch geplant, vor allem für die nächsten paar Jahre. Interessant, dass die Sekundarschulgemeinde beispielsweise fürs 2010 mit -1% für juristische und -3 % für natürliche Personen rechnet und ab 2011 mit 2 % vom dannzumaligen Niveau. Und sie hält sich an die Empfehlungen des Kantons. Optimismus in Ehren, aber hier scheint schon eher etwas Übermut am Werk zu sein.

Die Steuereinnahmen sind, wie von uns schon vor einem Jahr prognostiziert, stark eingebrochen – vorerst vor allem bei den juristischen Personen. Einbrüche bei den natürlichen Personen werden im nächsten Jahr leider folgen. Denn Vermögensverluste, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, weniger Einnahmen bei Privaten werden 2010 zu Buche schlagen. Dies gilt es ebenfalls zu berücksichtigen.

Vor einem Jahr mussten wir uns Vorwürfe wie Schwarzmalerei, Angstmacherei, Pessimismus anhören. Ich wünsche sehr, dass wir in diesem „Jahr der Erkenntnis“ das Budget ohne solche Polemik sachlich durchdiskutieren können.

**Max Gimmel FDP/DKL:** Wenn die Winde der Veränderung wehen, bauen einige Menschen Mauern, andere Windmühlen

In Arbon wehen – und da sind wir uns wohl alle einig – die Winde der Veränderung. Nach einer langen Phase mit wenig bis gar keiner Investition, die zum Teil dem Stadtrat sogar von diesem Parlament zum Vorwurf gemacht wurde, treten wir jetzt die Phase der Umsetzung an. Ideen sind nicht mehr Hirngespinnste, sie sind zu Projekten gereift und diese beginnen wir umzusetzen – eben – im Winde der Veränderungen. Nutzen wir nun die Energie des Windes oder blocken wir diese Energie mit wuchtigen Mauern ab? Das ist die Frage, die wir uns heute Abend stellen müssen.

Vorab danke ich im Namen der FDP/DKL-Fraktion dem Stadtrat für die Botschaft zum Voranschlag 2010 und für die konstruktive Zusammenarbeit mit der FGK. Die Ausarbeitung des Budgets hat gezeigt, dass wir nun in eine andere Liga aufsteigen: Unsere Budgets werden komplexer, verlangen eine langfristige Betrachtungsweise und bergen auch Unsicherheiten, die markant ins Gewicht fallen können, wie zum Beispiel die generelle Wirtschaftssituation, in der wir uns befinden, oder Verschiebungen in der Planung, die die Stadt nicht beeinflussen kann.

Die letzten Jahre waren unter anderem davon geprägt, dass bei einer auf allen Ebenen guten Wirtschaftssituation die Unterschiede zwischen Budget und Rechnung jeweils sehr gross waren. Es wurde immer deutlich besser abgeschlossen als budgetiert. Heute ist da eher Vorsicht am Platz und das vorliegende Budget scheint mir dies zu berücksichtigen.

Werfen wir aber einmal einen Blick zurück. Im Jahr 2000, also vor 9 Jahren, betrug die Nettoschuld, die Differenz zwischen Finanzvermögen und Fremdkapital, mehr als 20 Mio., 2008 betrug die Nettoschuld 5.6 Mio., also 14 Mio weniger. Die Fremdverschuldung (nicht gleich Nettoschuld) betrug im Jahr 2000 40 Mio Fr., im Jahr 2008 noch 17 Mio Fr., also 23 Mio Fr. weniger.

Von 2000 bis 2008 wurden aber nebst dem Schuldenabbau von 14 Mio Fr. doch die stolze Zahl von Fr. 18'240'046.— investiert. Das entspricht im Durchschnitt 2 Mio pro Jahr Investition und zusätzlich 1.5 Mio pro Jahr gespart. Die Stadt hat also einen Spielraum von 3.5 Mio Fr. für Investitionen, ohne dass Schulden aufgebaut werden.

In nur 9 Jahren hat sich das Bild also markant verändert. Und diese Veränderungen wird es immer geben. Dieses Bild zeigt einmal, dass der Stadtrat von heute kein Verschulden – an den Schulden - trifft. Wir wollen aber auch nicht die Verantwortung den Stadtregierungen, die früher gewirkt haben, übertragen. Vielmehr zeigt das Bild, dass eine Stadt während einer gewissen Periode sehr wohl mit einer stärkeren Verschuldung umgehen kann und auch umgehen muss, damit sie sich entwickeln kann.

Jetzt treten wir die Realisierung der grossen Projekte an und bauen zwangsläufig wieder Schulden auf. Wir haben an den Volksabstimmungen JA gesagt zu den Projekten, im nächsten Jahr kommt dann die Schlüsselabstimmung mit der neuen Kantonsstrasse. Diese Phase ist eine grosse Herausforderung an die Abteilung Bau und resultiert in einem Stellenaufbau. Sie kommt aber zeitlich zu einem günstigen Zeitpunkt. Die Bauwirtschaft weist im Gegensatz zu vielen Industriebereichen eine gute Auslastung auf. Dies wird sich aber bereits im nächsten Jahr ändern. Es ist mit Sicherheit vorteilhafter, Infrastrukturprojekte in wirtschaftlich schwierigerem Umfeld zu realisieren, sich als Gemeinde azyklisch zu verhalten.

Eine solche Phase der Umwälzung erfordert u.a. auch ein hohes Mass an Übersicht und Kontrolle. Es hat sich bereits bei der Vorbereitung zu dieser Budget-Sitzung gezeigt, dass wir aufschlussreiche Unterlagen brauchen, damit wir die Prozesse und die Zahlen verstehen. Einerseits müssen die Finanzaufgaben gut den Projekten zugeordnet werden können, andererseits muss der Projektfortschritt zeitlich abschätzbar sein. Projekte, die im Budget enthalten sind, aber nicht mehr im kommenden Jahr realisiert werden können, belasten dieses, aber auch das nächste Budget unnötig. Diesen Umständen müssen Stadtrat und Verwaltung besonders Rechnung tragen in den nächsten Jahren.

Die Dimension dieser Projekte verlangt aber auch im Besonderen, dass die Stadtregierung, Exekutive und Legislative konstruktiv zusammen arbeiten müssen. Ja es ist unsere Pflicht als vom Bürger gewähltes Gremium, Lösungen zu finden.

Wir sind uns dabei voll bewusst, dass das vorliegende Budget ein ausserordentliches Defizit vorsieht. Dabei spielen die vorgesehenen Investitionen nur eine geringe Rolle. Die direkte Folge der Wirtschaftskrise verursacht das grosse Defizit. Wir müssen uns deshalb fragen, ob wir deswegen Sparmassnahmen kurzfristig einschieben, die uns dann aber wieder vom langfristigen Ziel abbringen, Projekte sogar gefährden könnten. Wir von der FDP/DKL-Fraktion meinen, wir sollten die Budgetpolitik auf einer langfristigen Betrachtungsweise aufbauen. Wir bauen hier keine Symbole von politischen, religiösen oder anderen Gruppierungen, wir bauen an unserer Stadt, die wir lieben, und da sollen gefälligst alle mitarbeiten. Ein Rückweisungsantrag ist zu diesem Zeitpunkt unverantwortlich und entbehrt jeglicher finanzpolitischer Logik. Ein Rückweisungsantrag ist einzig und allein ein politisches Manöver, und das ist das letzte, das wir heute brauchen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, im Namen der FDP/DKL-Fraktion fordere ich sie alle auf, mit dem Stadtrat zusammen eine konstruktive Debatte zu führen und die grosse Vorarbeit, die bereits geleistet wurde, mit einer sorgfältigen Analyse der einzelnen Posten zu würdigen.

**Konrad Brühwiler, SVP:** Vorgängig möchte auch ich mich bei Stadtrat und Verwaltung für die über das ganze Jahr erfreuliche Zusammenarbeit bedanken.

Weniger Erfreuliches gilt es nun zu behandeln:

„Die Finanzkrise erreicht Arbon“ so der Titel des Bodenseetagblatt vom Dienstag, 7. Oktober 2009 anlässlich der Präsentation der Budgetzahlen für das Jahr 2010 durch den Stadtrat Arbon. „Die nächsten vier Jahre wird es eng“ räumten Stadtammann Martin Klöti und Finanzressortchef Patrick Hug ein.

Nehmen wir die Zahlen der Rechnung 2008 und vergleichen diese Zahlen mit dem Voranschlag 2010 so müssen die Differenzen zu denken geben.

Die Unterschiede (übrigens auf Seite 5 des Voranschlags nachzulesen) zur letztjährigen Rechnung sind:

Allgemeine Verwaltung	+ 10%
Öffentliche Sicherheit	+ 11%
Verkehr	+ 12%
Gesundheit	+ 16%
Soziale Wohlfahrt	+ 25%

lediglich Kultur und Freizeit bzw. Umwelt und Raumordnung sind in ihren Netto-Ausgaben leicht zurückgegangen.

Stark rückläufig sind dafür die budgetierten Einnahmen von Finanzen und Steuern mit einem Minus von 10% gegenüber der Rechnung 2008.

Und trotz dieser tiefroten Zahlen wird in diesem Budget der Gürtel nicht nachweislich enger geschnallt. Zu viele Positionen sind 1:1 aus dem Vorjahr übernommen oder gar noch leicht erhöht worden. Wir vermissen den Sparwillen des Stadtrates. Gemäss Finanzplan lebt der Stadtrat nach dem Prinzip Hoffnung.

Wäre die Flat Rate Tax angenommen worden, würden wir uns wohl heute schon mit einer Steuerfusserhöhung befassen müssen – jetzt verschiebt sich diese Diskussion um ein Jahr – doch diese Diskussion nächstes Jahr will die SVP mit einem aufgezwungenen Sparkurs der Stadt Arbon verhindern.

Fakt ist, dass trotz Finanzkrise und tieferen Zahlen der Personalaufwand weiter ausgebaut wird. Im letzten Jahr waren es 545 Stellenprozent in diesem Jahr sind es wiederum 120 Stellenprozent Aufstockung gegenüber

35 Stellenprozenten Einsparung. Bei verschiedenen Positionen werden neue Ausgaben budgetiert, hinter denen an anderer Stelle kein Ausgleich zu finden ist.

Verschiedene Ausgaben erfüllen in Zeiten, in denen genug Geld vorhanden ist, einen zweifellos sinnvollen Zweck zur Attraktivitätssteigerung von Arbon. Wenn das Geld wie jetzt aber aufgrund der ambitionierten Projekte der Stadt Arbon knapp wird, gilt es das Nötige dem Wünschbaren vorzuziehen. Es gilt auch hier Prioritäten zu setzen.

Wir unterstellen niemandem, leichtfertig mit den öffentlichen Geldern umzugehen, aber Fakt ist nun leider einmal: Gelder, die bewilligt werden, werden in der Regel auch ausgegeben.

Die aktuelle Planung geht davon aus, dass in den kommenden Jahren wieder neue Darlehen in der Höhe von ca. 45 Mio. Franken aufgenommen werden müssen.

Die Stadt Arbon hält sich für reicher als sie ist und gibt mehr aus als sie hat.

Für uns ist diese Verschuldung eine sehr riskante Sache. Die Finanzplanung kann in dieser Form nicht gutgeheissen werden.

Wir vermissen eine klar kommunizierte und breit diskutierte Prioritätenliste. 31 Projekte sollen, wollen, müssen oder möchten realisiert werden. Es fehlt die Transparenz der Lasten und Belastungen, Berechnungen etc. Und diese Kommunikation und Information hat nicht einseitig zu erfolgen, sondern muss auf Diskussionsbasis geführt werden.

Schon im letzten Jahr reklamierte die SVP, dass der Stadtrat im Rahmen der Budgetdebatte keine Angaben zu generellen und leistungsbezogenen, individuellen Lohnanpassungen machte. Art. 41 des nun gültigen Personal- und Besoldungsreglements hält nun aber eindeutig fest, dass dies im Rahmen des Voranschlags zu erfolgen hat. Wir bitten den Stadtrat dringend, sich an diese Vorgaben zu halten.

Bei seinem bevorstehenden Entscheid in der letzten Dezembersitzung bitten wir den Stadtrat die Finanzlage der Stadt und die finanzielle Situation der Stadt gemäss Art. 41 Absatz 2 und 3 entsprechend zu berücksichtigen.

Ich unterstütze den von der SVP schon in der FGK gestellten Antrag auf Rückweisung dieses Budget an den Stadtrat mit dem Auftrag an den Stadtrat, die Ausgaben um 5% (ca. 2 Mio. Franken) zu senken. Ich appelliere an alle Parlamentsmitglieder, die letztes Jahr aufgrund der unsicheren Wirtschaftsentwicklung der massvollen Steuerfussreduktion um 2% zugestimmt haben, dieses Jahr die gleiche konsequente Haltung an den Tag zu legen und dieses Budget aus den genannten Gründen an den Stadtrat zurückzuweisen. Das letzte Wort hat aber so oder so die Arboner Stimmbevölkerung am 7. März 2010. Sollte unser Antrag heute abgewiesen werden, könnte jener Abstimmungssonntag wegweisende Bedeutung bekommen.

**Andrea Vonlanthen, SVP:** Wir sollten den Antrag der FDP annehmen damit kein Plan B gebraucht wird. Max Gimmel, FDP/DKL meint, wir würden jetzt in einer anderen Liga spielen. Das kann man schon sagen, wenn wir unser Rekorddefizit betrachten, das nicht weniger als 14 Steuerprozenten entspricht. Ob da ein Rückweisungsantrag wirklich nur ein politisches Spiel ist, wie er sagt? Er entspricht vielmehr politischer Vernunft. Unser geschätzter Stadtmann müsste vielleicht unsere Arboner FDP-Fraktion einmal einladen, den Grossen Rat zu besuchen. Dort reagiert die FDP-Fraktion in der Finanzpolitik wesentlich zurückhaltender und konsequenter als die örtliche Fraktion. Der Stadtrat habe sich von der Krise nicht einschüchtern lassen, lobt die FGK-Präsidentin. Angesichts der wirtschaftlichen Krise und der schwierigen Finanzlage derart grosszügig zu budgetieren, hat nichts mehr mit Mut zu tun. Das grenzt an Übermut, so wie wir das in der Diskussion über die Flat Rate Tax ja schon beim Stadtmann und beim Finanzvorsteher feststellen mussten. Die FGK-Präsidentin jubelt auch darüber, jeder Stadtrat habe in seinem Ressort eine Kürzung von 10 Prozent vorgenommen. Um Himmels Willen, da muss man sich schon fragen, wofür die Verwaltung noch 10 Prozent mehr Mittel beanspruchen wollte! Vielmehr wären echte Einsparungen notwendig gewesen. Stadtrat und FGK gebärden sich heute so, als wären sie Berufspolitiker, die am liebsten planen, wofür sie finanzielle Mittel beanspruchen sollen, und als hätten sie keine Berührung zur Wirtschaft. Sie pflegen die Praxis der vollen Hände, obwohl die Hände leer sind. Eine Geschäftsleitung, die ein solches Defizit ausweisen würde, wäre ihren Job bald los! In der Diskussion zur Flat Rate Tax sprach der Stadtrat von einem Plan B., der für den Fall einer Annahme in der Schublade liege. Gerne wüsste man heute, wie dieser Plan aussah. Kann uns das der Finanzvorsteher sagen? Heute jedoch kommen wir nicht darum herum, das Budget mit einem Sparauftrag an den Stadtrat zurückzuweisen, damit auch in Zukunft kein Plan B erforderlich ist.

**Max Gimmel, FDP/DKL:** Ich spreche nicht als Wirtschaftsvertreter und nicht als Kantonsrat, sondern als Parlamentarier.

Wenn wir die grossen Budget-Posten betrachten, die das Defizit verursachen, wie sie auf Seite 2 der Botschaft stehen, so sind es vor allem Mindereinnahmen bei den Steuern von 1,874 Mio. Fr., dann die öffentliche Sozialhilfe mit Fr. 568'000.—, Besoldungen, Abschreibungen mit Fr. 640'000.—, die Bauverwaltung mit Fr. 318'000.— und dann das Stadtfest mit Fr. 150'000.—, über das man wirklich diskutieren kann. Es ist unsere Aufgabe als Parlamentarier, zusammen mit dem Stadtrat gute Lösungen zu finden, Konto um Konto und dann sehen wir, wie viel Fleisch noch am Knochen ist.

**Vizestadtammann Patrick Hug:** Ich möchte eingangs einen Dank abstellen für die sehr konstruktive Zusammenarbeit mit der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK). Ich werte deren Bericht als Vertrauensbeweis für die Finanzpolitik des Stadtrates. Die wenigen Streichungsanträge deuten darauf hin, dass die Zitrone reichlich ausgepresst ist, zumal der Stadtrat in seiner 2. Budgetlesung den Voranschlag linear um 10 Prozent gekürzt hat.

Nach dem Rekordgewinn im letzten Jahr, 2008, in der Höhe von 2,4 Mio. Franken jetzt ein Rekordbudgetdefizit im Jahre 2010 von knapp 2,7 Mio. Franken: Die Finanz- und Wirtschaftskrise spiegelt sich in dramatischer Weise auch im Finanzhaushalt der Stadt Arbon wider. Der Stadtrat ist sich der kritischen Finanzsituation durchaus bewusst. Es besteht aus Sicht des Stadtrates aber kein Grund, nun in Panik zu verfallen und kopflos alle guten Investitionsvorsätze über Bord zu werfen. Das Gegenteil ist der Fall: Der Stadtrat will, Max Gimmel, FDP/DKL hat es erwähnt, weiter zielgerichtet in die Entwicklung von Arbon investieren. Er hat deshalb für das Jahr 2010 Nettoinvestitionen von 7,3 Mio. Franken beschlossen – auch dies ist ein Rekordwert in der Geschichte der Politischen Gemeinde Arbon.

Der Stadtrat will das erwartete Defizit durch das Eigenkapital auffangen, das sich Ende 2008 auf 4,4 Mio. Franken bezifferte, und beantragt deshalb dem Stadtparlament, den Steuerfuss unverändert bei 76 Prozent zu belassen.

Um die grossen anstehenden Investitionen für den städtischen Finanzhaushalt verkraftbarer zu machen, sollen ab dem Jahre 2011 Investitionsvorhaben von über 500'000 Franken linear statt degressiv abgeschrieben werden. Zur Frage von Erica Willi-Castelberg, SP bezüglich der kantonalen Regelung: In der Wegleitung zum Rechnungswesen der Thurgauer Gemeinden ist unter Punkt 6.1.3 festgehalten, dass die gemischte Abschreibung durchaus sinnvoll sein kann, indem für kleinere und/oder regelmässig anfallende Investitionen die degressive Restbuchwertmethode und für grössere, eher sporadisch anfallende Investitionen die lineare Methode angewandt wird. Damit kann die laufende Rechnung in den kommenden Jahren um 400'000 bis 700'000 Franken entlastet und der Druck auf den Steuerfuss vermindert werden, handelt es sich doch dabei um Beträge in der Grössenordnung von 2 bis 4 Steuerprozenten. Der Stadtrat hat die vom Ressort Finanzen vorgeschlagene neue Abschreibungspraxis an seiner Sitzung vom 16. November 2009 positiv zur Kenntnis genommen. Sie ist auch Bestandteil eines umfangreichen Finanzpapiers, das am 19. November als Ergänzung zur ordentlichen Budgetbotschaft sämtlichen Fraktionen und der FGK zugestellt wurde. Erica Willi-Castelberg, SP hat es erwähnt.

Zu einer weiteren Bemerkung von Erica Willi-Castelberg, SP betreffend die Dauer der linearen Abschreibungen möchte ich Folgendes unterstreichen: Nachhaltige Investitionen wie beispielsweise die Neue Linienführung der Kantonsstrasse sollten auch von der nächsten Generation mit der linearen Abschreibungspraxis finanziell mitgetragen werden.

Entgegen den Angaben im Bericht der FGK strebt der Stadtrat gemäss Legislaturplan mittelfristig einen Selbstfinanzierungsgrad von 70 Prozent an.

Der Stadtrat wird am 15. Februar 2010 an einer ausserordentlichen Sitzung das Rechnungsergebnis 2009 und die Budgeterwartungen 2010 analysieren und hinsichtlich der weiteren Investitionen entsprechende Beschlüsse für das Budget 2011 und den Finanzplan 2012–2014 vorbereiten.

Zur Bemerkung von Elisabeth Tobler, SVP bezüglich der Steuerfuss-Belastung möchte ich festhalten: Durch die Steuerfussreduktion der Stadt von zweimal je 2 Prozent und die erfreuliche Reduktion des kantonalen Staatssteuerfusses von 10 Prozent reduziert sich die Steuerbelastung bei einer Person mit einem steuerbaren Einkommen von 80'000 Franken um jährlich 630 Franken.

Zur Forderung der SVP, formuliert von Elisabeth Tobler und Konrad Brühwiler, das Budget an den Stadtrat

zurückzuweisen mit dem Auftrag, das Defizit um 2 Mio. Franken zu kürzen, möchte ich Folgendes bemerken: Auf der Seite 2 der Budgetbotschaft finden Sie die wesentlichen Abweichungen, welche zum Fehlbetrag von 2,68 Mio. Franken geführt haben. Um die vom Stadtrat nicht beeinflussbaren Steuermindereinnahmen von 1,7 Mio. Franken und die ebenfalls nicht zu reduzierenden Mehraufwendungen in der öffentlichen Sozialhilfe von 570'000 Franken korrigieren zu können, müsste der Stadtrat den Steuerfuss um mindestens 10 Prozent erhöhen. Ich habe es eingangs erwähnt: Der Stadtrat hat bei der Budgetberatung bereits eine lineare Kürzung von 10 Prozent vorgenommen.

Zum Anstieg der Steuereinnahmen um 3 Prozent im Finanzplan: Das Steuersubstrat der natürlichen Personen, ein sicherer Indikator für den Zustand und die Attraktivität einer Gemeinde, entwickelt sich kontinuierlich nach oben. Dieser Umstand ist vor allem auch auf die stark steigende Einwohnerzahl zurückzuführen: Zählte Arbon Ende 2007 13'363 Einwohner, so waren es Ende 2008 13'493 und Ende August 2009 bereits 13'666 Einwohner – und der Trend zeigt weiter nach oben. Dies manifestiert sich auch durch die ungebrochen hohe Bautätigkeit in unserer Stadt mit Wohnungen im höheren Preissegment: Zu erwähnen sind dabei vor allem die grossen Projekte Königareal und Schöffliwies. Im Weiteren entstehen an der Industriestrasse 7 Mehrfamilienhäuser, an der Werftstrasse 3 Mehrfamilienhäuser und an der Seestrasse 2 Mehrfamilienhäuser. Und auf dem Postareal sind schliesslich 4 Mehrfamilienhäuser mit 36 Wohnungen geplant.

Zur Frage von Andrea Vonlanthen, SVP bezüglich Revision des kantonalen Steuergesetzes: Bei einer Annahme der Flat Rate Tax wäre ein vorbehaltener Entschluss in der Schublade gelegen. Der Stadtrat hat, im Gegensatz zu anderen Gemeinden, beide Varianten durchgerechnet – mit und ohne Flat Rate Tax. Bei einer Annahme des Einheitssteuersatzes hätte der Stadtrat eine verantwortungsvolle Lösung präsentiert. Die finanzielle Situation wäre bei einem Ja zum neuen kantonalen Steuergesetz kurzfristig gesehen sicher nicht einfacher geworden. Mittelfristig betrachtet hätten sich für eine Stadt in der Grösse von Arbon, an privilegierter Lage gelegen und mit einem hohen Einwohnerzuwachs, aber auch Chancen ergeben.

Stadtmann Martin Klöti: Richtigstellung

**Silke Sutter Heer, FGK:** Wünscht für alle eine Pause.  
Pause von 19.25 – 19.40 Uhr

#### **Detailberatung:**

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Ich möchte ihnen vorab bekannt geben, wie ich die Detailberatung durchführen werde.

1.) Liegt ein Antrag der FGK vor, möchte ich nur auf Wunsch eines Stadtrats- oder eines Parlamentsmitgliedes abstimmen lassen, da dieser Antrag ansonsten für mich als unbestritten gilt.  
In diesem Fall würde der FGK-Antrag als genehmigt gelten.

2.) Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein Gegenantrag oder ein anderer Antrag gestellt, werden wir zuerst über Antrag FGK und Antrag Parlamentsmitglied abstimmen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Stadtrates, den Sie dem Voranschlag entnehmen können, gegenübergestellt und darüber abgestimmt.

3.) Unbestrittene Korrekturen seitens Stadtrat: wenn seitens Stadtrat Korrekturen angebracht werden und keine Wortmeldungen seitens Parlament erfolgen, gelten diese als unbestritten und damit als angenommen.

4.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück und liegt ein FGK-Antrag vor, der ebenfalls als unbestritten gilt, gilt der FGK-Antrag als stillschweigend angenommen.

#### **Laufende Rechnung**

**Andrea Vonlanthen SVP:** Ich beantrage die Rückweisung an den Stadtrat

**Elisabeth Tobler, SVP:** Ich stelle den Antrag auf Rückweisung des Budgets an den Stadtrat mit dem Auftrag, die Ausgaben um 5 % zu reduzieren.

**://: Antrag von Elisabeth Tobler, SVP wird mit 24 zu 6 Stimmen abgelehnt**

## 10 Allgemeine Verwaltung

1012

**Elisabeth Tobler, SVP:** Pos. 1012.3174 Partnergemeinden: Wurden Einladungen an die Partnergemeinden gemacht und wird ein Treffen im 2010 stattfinden?

**Stadtammann Martin Klöti:** Wir werden für das Hafeneinweihungsfest die Partnergemeinde Langenargen einladen. Für die Partnergemeinde Binn VS ist zurzeit noch nichts in Planung.

1020.

**Konrad Brühwiler SVP:** Pos 1020.3010 Besoldungen: Antrag die Budgetposition 1020.3010 ist um Fr. 20'000.— zu reduzieren. Begründung: Bei der Neubesetzung der Stabstelle Stadtentwicklung und Kommunikation wurde das Pensum von 80% auf 100% erhöht, ohne dass dabei ein interner Ausgleich stattfand.

**Stadtammann Martin Klöti:**

**://: Antrag von Konrad Brühwiler wird mit 21 zu 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt**

**Max Gimmel, FDP:** Position 1020.3189 EDV-Kosten (Amt für Informatik) Dies ist kein Antrag, sondern eine Anregung: Der Stadtrat möge im nächsten Budget Kosten, die für die EDV anfallen, im Kommentar zusammenfassen und ausweisen, damit auf einen Blick ersichtlich ist, wie hoch die Kosten für die EDV tatsächlich sind. Jetzt müssen die einzelnen Posten mühsam zusammengefasst werden.

## 11 Öffentliche Sicherheit

Keine Bemerkungen

## 13 Kultur und Freizeit

1300

**Roman Buff CVP/EVP:**1300. 36504 Beitrag an Sinfonisches Orchester: Unter dieser Position sind Fr. 15'000 budgetiert.

Auf eine entsprechende Frage der FGK an den Stadtrat, ob dieser Betrag unter dieser Budgetposition noch aktuell ist, antwortet der Stadtrat, dass er Ende September 2009 vom Sinfonischen Orchester ein Gesuch um eine Erhöhung des jährlichen Beitrags auf Fr. 25'000 angefragt wurde und er der Ansicht ist, dass Fr. 20'000 angebracht wären.

Rückblickend stellte das Sinfonische Orchester schon im Jahr 2007 an den Kanton und an die Stadt Arbon ein Gesuch, den jährlichen Beitrag auf je Fr. 25'000 zu erhöhen aufgrund erhöhter musikalischer und organisatorischer Ansprüche, welche das Orchester an sich selbst stellt, aber auch der Erwartungshaltung des Publikums, welches stetig steigt. Seitens des Kantons wurde das Gesuch wohlwollend aufgenommen, jedoch auf die während der dreijährigen Geltungsdauer des kantonalen Kulturkonzeptes 2007 – 2009 unveränderlichen Beiträge von Fr. 10'000 verwiesen. Seitens der Stadt Arbon wurde in der Folge ein Entscheid über das Gesuch ebenfalls zurückgestellt.

In der Zwischenzeit ist durch das kantonale Kulturamt das neue kantonale Kulturkonzept 2010 – 2012 erarbeitet und vom Regierungsrat genehmigt worden. Darin wird das Sinfonische Orchester Arbon entsprechend seiner mittlerweile belegten überdurchschnittlichen Qualität und Ausstrahlung in der Sparte Musik neu - als einzige musikalische Formation - auf der höchsten Stufe der Förderungswürdigkeit geführt. Entsprechend ist der Kanton bereit, das Sinfonische Orchester Arbon - gestützt auf eine noch abzuschliessende Leistungsvereinbarung – in den nächsten drei Jahren mit einem Beitrag von Fr. 25'000 pro Jahr mitzufinanzieren. Allerdings setzt dieser kantonale Beitrag voraus, dass sich die Standortgemeinde Arbon im gleichen Mass – also mit Fr. 25'000 – engagiert.

Meine Frage an den Stadtrat:

Ist der Stadtrat gewillt, dem Sinfonischen Orchester diesen Beitrag von Fr. 25'000 zu gewähren, damit das Orchester den kantonalen Beitrag vom gleichen Betrag abholen kann und damit dieses Aushängeschild für Arbon als grösstes und leistungsfähiges sinfonischen Orchester im Thurgau in der Stadt der weiten Horizonte weiter strahlen kann.

**Stadtammann Martin Klöti:** Gerne würde ich den Beitrag auf Fr. 20'000.— erhöhen.

**Elisabeth Tobler, SVP:** Beim Sinfonischen Orchester erinnere ich daran, dass wir damals beim Stadttheater St. Gallen auch auf Bitten von Martin Klöti hin den Unterstützungsbeitrag während zwei Jahren auf Fr.

30'000.— erhöht haben, damit anschliessend der Kanton St. Gallen diese Spenden übernommen hat. Nun sollte man beim Sinfonischen Orchester die angefragten Fr. 25'000.— nicht noch auf Fr. 20'000.— kürzen, weil dann der Kanton auch kürzt und schlussendlich dem Sinfonischen Orchester Fr. 10'000.— fehlen. Dieses Mal soll man, da es um einen einheimischen Verein geht, gleich verfahren wie damals bei dem Auswärtigen Stadttheater. Ich stelle den Antrag den Betrag bei Fr.25'000.— zu lassen.

**Silke Sutter Heer, FDP:**

**Riquet Heller, FDP:**

**Andrea Vonlanthen, SVP:**

Antrag von Elisabeth Tobler, SVP den Betrag von Fr. 25'000.— zu belassen, gegen den Antrag von Roman Buff, CVP/DKL auf eine Erhöhung auf Fr. 20'000.—.

**://: Der Antrag von Elisabeth Tobler wird mit 16 Stimmen für Fr. 25'000.— zu 10 Stimmen für Fr. 20'000.— bei 4 Enthaltungen angenommen**

1310

**Dieter Feuerle SP und Gewerkschaften:** 1310.4800 Entnahme aus Spezialfinanzierung: Die Frage geht an den Stadtrat: Hier ist ersichtlich, dass die Stadt Einnahmen von Fr. 40'000.— aus einer Spezialfinanzierung erhält. Wie wird diese Spezialfinanzierung gespiesen? Woher kommt dieses Geld?

**Stadtrat Reto Stähli:** Grundstückgewinnsteuer

1330

**Konrad Brühwiler, SVP:** 1330.3180 Uferanlagen: Antrag die Budgetposition 1330.3180 ist um Fr. 30'000.— zu reduzieren. Begründung: Auch der SVP ist Ordnung und Sauberkeit in und um die Stadt Arbon ein wichtiges Anliegen. Wir meinen aber, dass der zunehmenden Verunreinigung neben den stehendenbleibenden Mitteln von Fr. 45'000.— mit anderen Mitteln wie Durchsetzen des Litteringgesetzes, Vorbeugung ect., begegnet werden muss.

**Stadtrat Martin Klöti:** Rechtfertigung

**://: Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP : wird mit 22 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.**

1330.

**Konrad Brühwiler, SVP** 1330.3181 Übrige Anlagen: Antrag die Budgetposition 1330.3181 ist um Fr. 44'000.— zu reduzieren. Begründung: Auch bei den Park- und übrigen Anlagen gilt das Gleiche wie bei den Uferanlagen: Neben den stehendenbleibenden Mitteln von Fr. 33'000.— ist der zunehmenden Verunreinigung mit anderen Mitteln zu begegnen.

**Stadträtin Heidi Wiher-Egger:** Wir können nicht nur von der Industrie und dem Gewerbe verlangen, dass sie Sozialhilfe-Empfänger anstellen. Wir müssen als Stadt Arbon ein Vorbild sein. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei diesen Ausgaben ca. 2/3 wieder zurück fliessen, weil weniger Sozialhilfegelder aufgewendet werden müssen.

**Elisabeth Tobler, SVP:**

**Stadtammann Martin Klöti:**

**Stadtrat Reto Stäheli.**

**Erica Willi-Castelberg SP:**

**://: Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird mit 22 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.**

14 Gesundheit

Keine Bemerkungen

15 Soziale Wohlfahrt

1540



**Silke Sutter- Heer FGK:** 1540.3651 Beitrag an die Pro Juventute: Pro Juventute existiert nicht mehr, deshalb muss auch dieser Betrag nicht mehr bezahlt werden und ist aus dem Budget zu streichen.

**Stadträtin Heidi Wiher-Egger:** Der Antrag der FGK ist in Ordnung. Zur Zeit der Budgetdebatte im Stadtrat war über die Auflösung dieser Organisation noch nichts Konkretes betreffend völliger Auflösung der Pro Juventute bekannt. Die Reduktion um Fr. 200.— ist richtig.

1542

**Konrad Brühwiler, SVP** 1542.3010 Besoldungen: Antrag die Budgetposition 1542.3010 ist um Fr. 20'000.— zu reduzieren. Begründung: Die SVP anerkennt die Möglichkeiten der aufsuchenden Jugendarbeit. Diese Stelle nun aber schon wieder um 30 Stellenprozente aufzustocken, erscheint uns voreilig. Hier gilt es Wünschbares und Notwendiges zu analysieren und Prioritäten zu setzen

**Vizestadtmann Patrick Hug:** Zum Streichungsantrag von Konrad Brühwiler betreffend Aufstockung um 30 Stellenprozente bei der Kinder- und Jugendarbeit: Die städtische Kinder- und Jugendarbeit, welche derzeit mit 170 Stellenprozente betreut wird, ist sehr vielfältig und umfasst im Wesentlichen die Betreuung des Kinder- und des Jugendtreffs, die aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit sowie verschiedenste Projekte wie Alkoholprävention an Veranstaltungen, Gewaltprävention in Zusammenarbeit mit den Schulen, Ausgestaltung von Kinderspielplätzen, Graffiti-Kunst sowie die Kinder- und Familienarbeit mit dem Ferienspass. Silke Sutter und Heidi Wiher haben es bereits erwähnt: Nach dem Wegfall der Pro Juventute in Arbon sind diese Tätigkeiten noch wichtiger geworden. Eine konsequente Weiterführung der Kinder- und Jugendarbeit ist nur mit einer Stellenaufstockung zu bewältigen. Diese verstärkte Präsenz ist eine wichtige Prävention. Ich bitte sie deshalb eindringlich, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

**Stadtmann Martin Klöti:**

**://: Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird mit 20 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.**

1581.

**Silke Sutter Heer FGK:** 1581.3010 Besoldungen: Die FGK erwartet, dass die Stellenaufstockung um 50% bei sinkenden Fallzahlen auch wieder reduziert wird.

**Konrad Brühwiler, SVP:** Kein Antrag, hier möchte die SVP die Erwartungen der FGK unterstreichen und möchte dem Stadtrat beliebt machen, nur befristet Verträge abzuschliessen.

**Stadträtin Heidi Wiher-Egger:** Es ist klar, dass diese Stellenprozente im Falle sinkender Fallzahlen wieder reduziert werden. Sie sind für ein Jahr bewilligt und werden jedes Jahr neu im Stadtrat diskutiert. Dabei möchte ich anfügen, dass wir in der Abteilung Soziales sehr flexible MitarbeiterInnen haben, welche von Jahr zu Jahr ein anderes Pensum bewältigen. Ich bin den Angestellten dankbar, dass sie so flexibel reagieren können. Das ist nicht selbstverständlich.

1583

**Silke Sutter Heer FGK:** 1583.3180 Dienstleistungen Dritter: Antrag auf Verschieben, da im Sozialbericht die Gelder anderweitig eingesetzt werden müssen.

**Erica Willi-Castelberg, SP:**

**Alexandra Keel, CVP/EVP:** Laut Medienmitteilung vom 01. September 2009 wissen wir, dass die Stadt Arbon im Auftrag des Kanons, dessen Meinung es ist, dass die Förderung der Integration der ausländischen Bevölkerung Sache der Gemeinde ist, ein Migrationskonzept erstellt hat. Kernthema ist die Unterstützung von Deutschkursen und die Früherfassung und Frühförderung der ausländischen Wohnbevölkerung, besonders bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Ausländerorganisationen. Geplant sind dabei die Unterstützung der Mütter- Väterberatung, zum Ausbau der interkulturellen Kommunikation, die Unterstützung von Jugendlichen ohne Lehrstellen, der Planung eines Kulturfestes und der Vernetzung bestehender Organisationen.

Die nun bereits gewählte Migrationskommission soll die Umsetzung dieser Arbeit in Zusammenarbeit mit der Abteilung Soziales der Stadt begleiten und Umsetzungsschritte vorbereiten.

Wenn man das Migrationskonzept liest, erkennt man folgende Schwerpunkte:

- Es besteht eine intensive Zusammenarbeit mit bereits tätigen Partnerorganisationen wie HEKS, exxa oder den Schulen.

- Integrationsziele sind definiert.
- Kultur- wie auch Sprachdolmetscher werden miteinbezogen.
- Eine Ist-Analyse wurde durchgeführt, in Arbon leben 27% AusländerInnen.
- Problemstellungen wurden erkannt.
- Es müssen Detailkonzepte erarbeitet werden, damit die Ziele erreicht werden können.
- Bundessubventionen werden geprüft.

Meiner Meinung nach wurde da eine sorgfältige Arbeit getätigt, die einen wichtigen Teil unserer Bevölkerung betrifft.

Als Mitglied der Einbürgerungskommission schätze ich es, dass mehr für die Förderung der Integration und der deutschen Sprache der AusländerInnen getan werden soll. Dies unterstützt den Gedanken der Zusammenarbeit und des friedlichen Nebeneinanders in Arbon, welche schon lange eine Industriestadt ist, die von ausländischen Arbeitskräften geprägt wird. In der gegenwärtigen Situation (im Sog der Antiminarettinitiative), ist es umso wichtiger, dass diese Kommission im folgenden Jahr zu wirken beginnt!

Setzen wir damit ein Zeichen und senden keine schlechten Signale aus! Setzen wir nun die Kommission (die ja bereits gewählt wurde) im Jahr 2010 ein.

**Elisabeth Tobler, SVP:** Antrag 1583.3180 ist zu streichen

**Stadträtin Heidi Wiher-Egger:** Der Antrag der FGK zur Streichung ist vielleicht etwas voreilig. Vor drei Jahren hat der Bund das revidierte Ausländergesetz erlassen. Gemäss diesem neuen Gesetz ist die Integration ein gesetzlicher Auftrag der Gemeinde. Vor allem soll die Integration über das Erlernen der deutschen Sprache gefördert werden. Wichtig ist die Frühförderung bereits vor Schuleintritt.

Im Kanton Thurgau ist es Sache der Gemeinden, die Zielsetzungen des Ausländergesetzes umzusetzen. Die Kantonale Fachstelle hat nur eine beratende Aufgabe. Demzufolge kann bei den Kosten im Migrationsbereich von gebundenen Ausgaben ausgegangen werden.

Die Stadt Arbon hat in Zusammenarbeit mit dem RPO versucht, eine regionale Integrations-Fachstelle zu realisieren. Dieses Vorhaben ist am Widerstand der anderen Gemeinden gescheitert. Demzufolge hat die Stadt Arbon ein eigenes kommunales Migrationskonzept erarbeitet.

Vom Grundsatz her soll dieses Migrationskonzept mit den bestehenden Stellenprozenten der Abteilung Soziales realisiert werden. (Dies im Gegensatz zu anderen Gemeinden wie Romanshorn, Kreuzlingen und Frauenfeld, die in diesem Bereich über eigene Fachstellen verfügen).

Ganz ohne Geld geht es allerdings nicht. Der budgetierte Beitrag dient dazu, u. a. den Pool von Interkultur-Vermittlern aufzubauen oder die Mitarbeitenden der Mütter- und Väterberatung in Bezug auf Früherfassung und Frühförderung von Migranten-Familien zu schulen.

Von der Frühförderung profitiert die Schule, respektive mit gut integrierten Kindern und Familien sinken gewisse Integrations-Probleme. Es können längerfristig massiv Kosten eingespart werden.

Für bestimmte Projekte können noch Beiträge beim Kanton und / oder beim Bund geltend gemacht werden.

Da Migrationskonzept der Stadt Arbon ist auf der Homepage zu finden.

**Roland Schöni, SVP:** Ist grundsätzlich froh, aber....

**Erica Willi-Castelberg, SP:** Soviel ich weiss, ist diese Summe vorgesehen für Aktivitäten, welche die neu gebildete Migrationskommission erarbeiten wird. Wenn diese Fr. 20'000.— gestrichen werden, macht auch die Kommission keinen Sinn, sie steht mit abgesägten Hosen da. Andererseits haben wir bei der Minarett-Abstimmung erfahren, dass die Ängste in der Bevölkerung betreffend Fremden gross sind, das heisst, grosser Handlungsbedarf herrscht. Wem diese Fr. 20'000.— zu viel sind, der oder die soll bitte daran denken, dass wir vielfach profitieren von der Arbeitskraft der ausländischen Bevölkerung. Viele von ihnen stehen von morgens früh bis abends zu sehr kleinen Löhnen in Küchen von Altersheimen und Restaurants usw. Und was wir in die Frühförderung kleiner Kinder stecken, kommt mehrfach zurück, indem diese Kinder sich dann später viel besser integrieren. Die Integrations-Arbeit soll auch nicht gratis geleistet werden – möchte Roland Schöni etwa einfach auf 20 % seines Lohnes verzichten?

**://: Der Antrag der FGK wird mit 15 zu 14 Stimmen bei 1 Abwesenheit angenommen.**

**Stadtammann Martin Klöti:** Rückkommensantrag

**Dieter Feuerle SP:** Ich stelle einen Ordnungsantrag auf nochmalige Abstimmung. Da bei der Auszählung offensichtlich nicht alle Parlamentarier anwesend waren, hätten wir nach erneuter Auszählung ein einwandfrei demokratisches Resultat.

**Margrit Bollhalder Schedler SVP:** auch wenn es eine Niederlage ist, muss man die Abstimmung akzeptieren und deshalb den Ordnungsantrag abweisen.

**Max Gimmel FDP:** Da ich kurzzeitig den Raum verlassen habe, wird eine neue Abstimmung am Ergebnis nichts ändern.

**://: Der Antrag von Dieter Feuerle, SP wird mit 22 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.**

**FGK Silke Sutter Heer:**

**Elisabeth Tobler SVP:** Antrag der Streichung der Kommission 1583.3000 von Fr. 2'000.—

**Vizestadtmann Patrick Hug:** Zum Streichungsantrag von Elisabeth Tobler. Sie können die Kosten streichen, nicht aber die Kommission.

**://: Der Antrag von Elisabeth Tobler, SVP wird grossmehrheitlich abgelehnt**

#### 16 Verkehr

1620

**Konrad Brühwiler, SVP:** 1620. 3147 Verkehrszählanlagen: Antrag diese Budgetposition ist um Fr. 4'000.— zu reduzieren. Begründung: Die immer grösser werdende Anzahl an Gebots-, Verbots- und Geschwindigkeitstafeln sorgt für immer mehr Verwirrung. Nun plant der Stadtrat für die 30er Zone ein weiteres Messgerät anzuschaffen. Die bestehenden Geräte mit Augenmass eingesetzt versprechen nach Meinung der SVP Fraktion die bessere Beachtung.

**Stadtrat Reto Stäheli:**

**Konrad Brühwiler, SVP:**

**://: Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird grossmehrheitlich abgelehnt.**

#### 17 Umwelt und Raumordnung

1790

**Konrad Brühwiler, SVP:** 1790. 3180 Stadtentwicklung: Antrag die Budgetposition um Fr. 10'000.— zu reduzieren. Begründung: Die angespannte Finanzlage der Stadt Arbon erfordert einen sparsamen Umgang mit allen Ressourcen. Vor allem aber bei Planungs- Projektierungs- und Studienkosten aller Art gilt es haushälterisch und sparsam umzugehen. Frau Erica Willi-Castelberg hat in ihrem Leserbrief vom 5. November zu Recht auf viele offene Fragen hingewiesen und den Wunsch nach mehr Transparenz gestellt. Der Stadtentwicklung bleiben auch mit der reduzierten Position noch immer Fr. 15'000.— was der Budgetposition des laufenden Jahres entspricht.

**Stadtammann Martin Klöti:**

**://: Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird mit 11 zu 16 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.**

**Konrad Brühwiler, SVP:** 1790.3182 Planung, Kostenvoranschläge, Gutachten: Antrag die Budgetposition ist um Fr. 15'000.— zu reduzieren. Es gilt hier die gleiche Begründung wie vorhin zu Pos. 1790.3180. Der Ortsplanung bleiben auch mit der reduzierten Position noch immer Fr. 20'000.— was der Budgetposition des laufenden Jahres entspricht.

**Stadtammann Martin Klöti:**

**://: Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird mit 24 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.**

**Konrad Brühwiler, SVP:** 1790. 3183 Grünplanung: Antrag: die Budgetposition ist um Fr. 10'000.- zu reduzieren. Begründung: Die angespannte Finanzlage der Stadt Arbon erfordert einen sehr sorgfältigen und bewussten Umgang mit ihren Ressourcen. Der Grünplanung bleiben auch mit der reduzierten Position noch immer Fr. 10'000.— für Grünobjekte.

**://:** **Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird mit 18 zu 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.**

**Konrad Brühwiler, SVP:** 1790.3184 Verkehrsplanung: Antrag die Budgetposition ist um Fr. 10'000.— zu reduzieren. Begründung: Es gilt hier die gleiche Begründung wie vorhin. Der Verkehrsplanung bleiben auch mit der reduzierten Position noch immer Fr. 26'000.— für die anfallenden Aufgaben.

**Stadttammann Martin Klöti:**

**://:** **Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird grossmehrheitlich abgelehnt.**

**Konrad Brühwiler, SVP:** 1790.3185 Planungskosten Ortsbus: Antrag die Budgetposition ist um Fr. 10'000.— zu reduzieren. Begründung: Es gilt hier die gleiche Begründung wie vorhin. Die Planungskosten für den Ortsbus bleiben auch mit der reduzierten Position noch immer auf Fr. 17'000.— bestehen.

**Stadttammann Martin Klöti:**

**://:** **Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird grossmehrheitlich abgelehnt.**

#### 18 Volkswirtschaft

1830

**Silke Sutter Heer, FGK:** 1830.3651 Beitrag an Infocenter Fehler im Budget, + Fr. 2'000.— zusätzlich.

1840

**Silke Sutter Heer FGK:** 1840.3187 Festsommer 2010 ist um Fr. 50'000.— zu reduzieren infolge angespannter Finanzlage, Konzept zu wenig konkret.

**Ueli Troxler, SP:** Antrag den ganzen Betrag Fr. 150'000.— aus dem Budget zu streichen. Es ist keine Stadtaufgabe Feste zu organisieren. Es sollen vielmehr die Events aus der Bevölkerung und den Vereinen unterstützt werden.

**Max Gimmel FDP:** Ich stelle den Antrag, das Geld der Position 1840.3187 und 1840.3650 sind dem Bereich 1830 Tourismus zuzuordnen. Festsommer und Anlässe werden dem Konto Industrie, Gewerbe und Handel belastet. Diese Anlässe haben aber weder mit Industrie, Gewerbe oder Handel zu tun.

**Rita Anderes, CVP:** Ich schliesse mich dem Votum des Vorredners, Ueli Troxler. SP an: Antrag auf Streichung der Position mit folgender Begründung:

Folgende Veranstaltungen finden fast ausschliesslich in den Quaianlagen statt.

- 1. Mai Arbon classic
- 8. Mai Hafenfest
- 29. Mai 100 Jahre Jubiläum Seeclub
- 12/13. Juni Euregio Schwimm – Meeting im Schwimmbad Arbon
- Ende Juni Seenachtsfest
- Ab 10.07 bis 15.08.2009 Openair Kino
- Juli / August Zirkus Royal
- 1. August Anlass
- 20. bis 22. August Schlosshof Arbon Sinfonisches Orchester
- 27./28 August SummerDays
- 29. August Slow up

Ich bin der Meinung, dass diese vielen grossen Veranstaltungen reichen. Es gibt zusätzlich ja noch einige kulturelle Anlässe, die ich gar nicht aufgezählt habe. Der Verkehr, die Lärmemissionen bis weit in den Morgen hinein beeinträchtigen die Nachbarschaft an vielen Wochenenden genug. Ich bin auch dabei, wenn wir einen Anlass feiern dürfen, aber ich geniesse auch die Quaianlagen, wenn sie einmal nicht kommerziell genutzt werden.

**Elisabeth Tobler, SVP:**

**Präsident Bernhard Bertelman:**

**Stadtammann Martin Klöti:**

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Es wird über den Antrag von FGK Kürzung des Budget gegen den Antrag von Ueli Troxler, SP Streichung des ganzen Betrages von Fr. 150'000.— abgestimmt.

**://: Der Antrag von Ueli Troxler, SP wird mit 15 zu 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen**

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Es wird über den Antrag von Ueli Troxler SP, Streichung von Fr.150'000.— gegen den Antrag des Stadtrates abgestimmt.

**://: Der Antrag von Ueli Troxler, SP wird mit 17 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen**

**://: Der Antrag von Max Gimmel, FDP für die Position 1840.3650 wird mit 13 zu 9 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen**

**Inge Abegglen, SP:** Antrag auf Erhöhung der Budgetposition 1840.3650 auf Fr.50'000.—.

**Rita Anders, CVP/EVP:** Letztes Jahr gab es im Hinblick auf die Summer Days und der Verknüpfung des Seeparksaal schon einige Diskussionen. Meine Frage zu diesem Konto: Der Anlass war super, das Wetter konnte nicht schöner sein, alles in allem ein gelungener Anlass, der sich finanziell gelohnt hat.

Wie sieht die Rechnung aus, respektiv konnte die Stadt dem Veranstalter die Miete des Seeparksaals verrechnen? Es wäre aufschlussreich, wenn wir eine Information hätten. Eventuell könnte dann sicher auch der Betrag im Budget 2010 reduziert werden.

**Stadtammann Martin Klöti:**

**Silke Sutter-Heer FGK:**

**StadtammannMartin Klöti:**

**Konrad Brühwiler, SVP:**

**Margrit Bollhalder Schedler:**

**://: Der Antrag von Inge Abegglen, SP wird grossmehrheitlich angenommen**

19 Finanzen und Steuern

1951

**Dieter Feuerle, SP:** 1951.3120 Hier ist ersichtlich, dass die Ausgaben für Wasser und Energie im Jahr 2010 auf nur Fr. 3'000.— abnehmen sollen gegenüber Ausgaben von jeweils Fr. 10'000.- in den vergangenen Jahren, Wie ist das möglich?

**Stadtrat Reto Stäheli:**

**Elisabeth Tobler, SVP:** 1951.3010 Abwart und Reinigung warum sind da gleich viel Ausgaben?

**Stadtrat Reto Stäheli:**

**Elisabeth Tobler SVP:** Ich stellte den Antrag auf Streichung um Fr. 3'000.—

**Riquet Heller FDP:** Gerne möchte ich fortfahren und alle gestellten Anträge streichen und weitermachen.

**Erica Willi-Castelberg SP:** Ich will keine Streichung der Fr. 3'000.— .

**: //: Der Antrag von Elisabeth Tobler, SVP wird mit grossmehrheitlich abgelehnt.**

### Finanzplan:

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Ich stelle den Finanzplan 2010 bis 2012, den wir lediglich zur Kenntnis nehmen zur Diskussion.

### Investitionsplan:

**Konrad Brühwiler, SVP:** 11023.31 Seeparksaal: Antrag die Investitionsrechnung um den Betrag von Fr. 500'000.— zu reduzieren.

**Stadtammann Martin Klöti:**

**Erica Willi-Castelberg, SP:** Antrag auf Verschiebung um ein Jahr. Begründung: Das gehört gemäss Prioritätenliste des Stadtrates zu den Wünschen und pressiert nicht.

**Stadtammann Martin Klöti:**

**Erika Willi-Castelberg SP:** Mein Antrag bezieht sich auf Beide: Planungs- und Baukosten sind zurückzustellen.

**Stadtammann Martin Klöti:**

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP den Betrag um 500'000.— zu reduzieren gegen den Antrag von Erica Willi-Castelberg, SP beide zu verschieben. Es wird darüber abgestimmt.

**://: Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird grossmehrheitlich angenommen**

**://: Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP gegen den Stadtrat wird einstimmig angenommen.**

#### Finanzvermögen

11023.31

wird um Fr. 500'000.-- gekürzt

#### 10 Allgemeine Verwaltung

1091

**Max Gimmel, FDP:** 1091 – Liegenschaft Kappeli: Eine Frage an den Stadtrat: In der Investitionsrechnung sind für das Jahr 2010 1,5 Mio. Franken vorgesehen. Werden diese tatsächlich verbaut oder kann der Betrag reduziert werden?

**Stadtammann Martin Klöti:**

#### 11 Öffentliche Sicherheit

keine Bemerkungen

#### 13 Kultur und Freizeit

1330

**Silke Sutter Heer, FGK:** 1330 05 501 Die Eigenmittel für den Skaterpark stehen noch nicht bereit.

**Silke Sutter Heer, FGK:** 1330 05 669 Es ist unwahrscheinlich, dass die Fr. 40'000.— im Jahr 2010 aufgebracht werden.

**Rita Anderes CVP/EVP:** Ich habe euch bereits vorgängig ausführlich schriftlich informiert und möchte nur noch eine kurze Stellungnahme bezüglich des Skaterparks abgeben.

Die Bemühungen der IG Sport seit Oktober 2006 um eine Erweiterung der Beachfelder beim Seeparksaal, die nicht nur vom Volleyballclub und teilweise vom Handballclub, sondern von einer breiten Öffentlichkeit genutzt werden, sind eine lange, unbefriedigende und für mich unverständliche Geschichte, die nun mit einer unseligen Verknüpfung seitens des Stadtrates mit der geplanten Skateranlage einen weiteren Höhepunkt findet, den ich nicht akzeptieren kann.

Eigentlich hätte die Erweiterung schon lange gemacht werden sollen, denn die mündliche Zusage von einigen Stadträten hatten wir schon seit einiger Zeit. Fr. 100'000.— spricht die Stadt, gemäss Offerte der Stadt in der

Höhe von Fr. 140'000.—, müsste noch Fr. 40'000.— der Volleyballclub zahlen. Da wollten wir wenigstens mitbestimmen, wer den Auftrag bekommen sollte und was noch eingespart werden könnte. Aber alle Bemühungen sind schlussendlich versandet.

Am 20 November, also genau vor zwei Wochen, bekam ich endlich auf meinen ausdrücklichen Wunsch hin eine schriftliche Antwort von Stadtrat Reto Stäheli mit folgendem Wortlaut:

“Wie mündlich mitgeteilt, hat der Stadtrat das Geschäft „Vertrag für den Betrieb der erweiterten Beachvolleyball-Anlage mit dem Volleyballclub Arbon und Nachtragskredit in der Höhe von Fr 100'000.—“, unter Vorbehalt genehmigt:

Vorbehalt: an der Budgetsitzung des Stadtratsparlaments am 08. Dezember 2009 muss die Position Skaterpark wie vom Stadtrat beantragt, genehmigt werden.

Mit der unglaublichen Verknüpfung der beiden Projekte durch den Gesamt-Stadtrat müsste ich eigentlich für den Skaterpark sein. Ich weiss nicht, wie es mit der Realisierung der Erweiterung Beachanlage weiter geht.

Aber ich lasse mich nicht erpressen und stimme zum heutigen Zeitpunkt klar und deutlich nein.

Nein, nicht weil ich gegen einen Skaterpark bin, sondern weil das Verhältnis der Finanzierung nicht stimmt. Nein, weil der Standort für viele, nicht nur wie behauptet für Volleyballer, nicht der richtige ist. In der Nähe ist das Naturschutzgebiet. Für einen Skaterpark braucht es aber betonierte Zufahrten und dass der Lärm enorm zunehmen würde, bestreitet sicher niemand. Der Erholungswert würde erheblich gestört. Sicher gibt es bei richtiger Prüfung Alternativen, so dass das Projekt Skaterpark bei besseren Budgetzahlen auch realisiert werden kann. Ich unterstütze den Antrag der FGK.

**Elisabeth Tobler SVP:** auch Ablehnung

**Stadtrat Reto Stäheli:**

**Elisabeth Tobler SVP:** Ich sehe, dass im Budget für diese Position 0.— Fr. steht. Damit der Volleyballclub das Beachfeld bauen kann, stelle ich den Antrag: Für die Investition 1330 6 565 Aufnahme von 120'000.— Fr. für das dritte Beachfeld.

**Stadtammann Martin Klöti:**

**Silke Sutter Heer FGK :**

**Elisabeth Tobler, SVP:** .

**Vizestadtmann Patrick Hug:** Die Diskussion über die Realisierung eines Skaterparks wird nun leider sehr emotional geführt. Ich teile die Meinung der FGK nicht, dass der Verein seinen Beitrag von 40'000 Franken im nächsten Jahr nicht zusammenbringen wird, hat er doch mittlerweile rund 10'000 Franken gesammelt. Verschiedene Sponsoren warten begreiflicherweise ab, ob dieses Projekt überhaupt realisiert werden soll. Und hier ist nun das Stadtparlament eingeladen, ein Zeichen für die Jugend zu setzen. Als Präsident des Vereins Kinder- und Jugendarbeit appelliere ich an Sie, dieses Projekt im Budget zu belassen.

**Stadtammann Martin Klöti:**

**Elisabeth Tobler, SVP:**

**Roland Schöni SVP:** Ich stelle den Standort in Frage

**Ueli Troxler SP:**

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Antrag Fr. 290'000.— und Fr. 40'000.— gegen den Stadtrat

**Elisabeth Tobler SVP:** Antrag gegen die FGK

**Roman Buff, CVP/EVP:** Ich will zuerst über das Beachvolleyballfeld abstimmen.

**://: Der Antrag Elisabeth Tobler, SVP wird grossmehrheitlich angenommen**

**Silke Sutter Heer, FGK:** 133005.501/133005.69 Antrag auf Verschiebung für ein Jahr

**Roman Buff CVP/EVP:** Standortfrage ?

**Stadtrat Reto Stäheli:**

**Elisabeth Tobler, SVP:** Ich möchte gerne wissen, wie gross diese Anlage ist?

**Stadtrat Reto Stäheli:**

**://: Der Antrag der FGK wird mit 19 zu 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen**

1350

**Konrad Brühwiler SVP:** 1350. 2 503 Camping: Antrag in der Investitionsrechnung ist die Position um den Betrag von Fr. 80'000.— zu reduzieren.

**Stadtrat Reto Stäheli:**

**://: Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird grossmehrheitlich abgelehnt.**

14 Gesundheit

1410

**Max Gimmel, FDP:** 1410. 3 503 Pflegeheim: Für das neue Pflegeheim sind Fr. 60'000.— budgetiert, die auch gebraucht werden für die Planung. Sowohl im Jahr 2010 und auch später ist aber dieser Betrag nicht aufgeführt. Er fehlt und muss nachgetragen werden.

**Stadträtin Heidi Wiher Egger:**

**Max Gimmel, FDP:** Kosten sind nicht aufgeführt.

**Stadtammann Martin Klöti:** Nach Rücksprache mit Mischa Vonlanthen muss ich mitteilen, dass diese Fr. 60'000.— bereits im Jahr 2009 als ausserordentlicher Betrag ausgegeben worden sind.

16 Verkehr

1610

**Konrad Brühwiler, SVP:** 1610 10 561 Kreisel Scheidweg: Antrag in der Investitionsrechnung ist die Position um den Betrag von Fr. 100'000.— zu reduzieren

**Stadtammann Martin Klöti :**

**Dieter Feuerle SP:** Ich bin für den Bau des Kreisels am Scheidweg, weil die Kreuzung sehr gefährlich ist, vor allem wenn das Lichtsignal ausgeschaltet ist. Ich habe jedoch noch ergänzende Fragen an den Stadtrat: So wie ich es aus dem Budget entnehme, will der Stadtrat im Jahr 2010 Fr. 100'000.— für die Planung und anschliessend im Jahr 2011 Fr. 550'000.— für den Bau des Kreisels ausgeben.

Meine Fragen:

- Sind in den Gesamtkosten von Fr. 650'000.— die Kosten für die „Dekoration“ des Kreisels bereits enthalten?
- Kann man davon ausgehen, dass im neuen Kreisel eine Ausfahrt aus dem Arbonia–Forster-Areal integriert ist?

**Stadtammann Martin Klöti:**

**://: Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird grossmehrheitlich abgelehnt**

1620

**Konrad Brühwiler, SVP:** 1620 15 501 Zufahrt Camping und Brückenersatz: Antrag im Investitionsplan ist die Position um den Betrag von Fr. 20'000.00 zu reduzieren.

**Stadtrat Reto Stäheli:**



**Elisabeth Tobler, SVP:**

**Stadtrat Reto Stäheli:**

**://: Der Antrag von Konrad Brühwiler, SVP wird grossmehrheitlich abgelehnt**

17 Umwelt und Raumordnung

keine Bemerkungen

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Wir sind am Schluss angekommen und ich frage sie an: Will noch jemand einen Rückkommensantrag stellen?

**Dieter Feuerle, SP:** Ich habe mich vorher bei der materiellen Beratung etwas spät gemeldet und wir waren bereits beim nächsten Konto. Ich stelle den Rückkommensantrag, nochmals auf das Konto 1781.3660, Energiefonds, zurückzukommen.

**://: Der Antrag von Dieter Feuerle wird grossmehrheitlich abgelehnt.**

Pause: 22.30 Uhr

22.45 Uhr Fortsetzung

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Mit Kenntnis der neuen Zahlen, die in der Zwischenzeit von Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Abteilung Finanzen überarbeitet und an alle verteilt worden ist, kommen wir nun zur Verabschiedung der stadrätlichen Anträge, welche von der FGK mehrheitlich unterstützt werden:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2010 sei bei 76 Prozent zu belassen.

**://: Der Antrag wird mit 28 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung angenommen**

2. Genehmigung des Voranschlages 2010 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu Fr. 2'532'580.—.

**://: Der Antrag wird mit 24 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen**

3. Genehmigung des Investitionsplans 2010 mit Nettoinvestitionen von Fr. 7'166'000.—.

**://: Der Antrag wird mit 26 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen**

Voranschlag und Steuerfuss unterliegen gemäss Art. 7 der Gemeindeordnung obligatorisch einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 7. März 2010 zur Genehmigung unterbreitet.

Damit ist der Voranschlag durchberaten. Ich danke Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli für ihre grosse Unterstützung.

**Riquet Heller, FDP:** Wegen fortgeschrittener Sitzungsdauer stelle ich einen Ordnungsantrag um Verschiebung des Traktandums 4.

**Margrit Bollhalder Schedler, SVP:** Da diese Beschwerde schon mehr als ein Jahr alt ist, bitte ich diesen Antrag abzulehnen.

**Riquet Heller, FDP:** Diese Beschwerde eilt nicht und ist deshalb an einer nächsten Sitzung zu behandeln.

**://: Der Ordnungsantrag von Riquet Heller, FDP wird grossmehrheitlich abgelehnt.**

**4. Aufsichtsbeschwerde E. Yilmaz und D. Feuerle gegen den Präsidenten der Einbürgerungskommission A. Vonlanthen**

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Liebe Parlamentskolleginnen und -kollegen. Mit der Behandlung der Beschwerde behandeln wir heute ein Geschäft, das von Anfang an von vielen Unsicherheiten und Fragen begleitet war.

Da weder die Gemeindeordnung noch das Geschäftsreglement eine Aufsichtsinstanz für Kommissionen definiert, ist das Stadtparlament als oberstes Organ für die abschliessende Entscheidung zuständig, d.h. das Parlament entscheidet als Gesamtgremium über die Beschwerde. Das Büro hat auch überlegt, ob eine Delegation der Entscheidungskompetenz an das Büro möglich wäre, hat sich aber dagegen entschieden, da es problematisch ist, wenn das Büro sich selbst diese Kompetenz zuweist.

Die fehlenden gesetzlichen Grundlagen führen dazu, dass es formal keine „richtige“ Lösung für die abschliessende Behandlung gibt. Dem Büro ist es deshalb ein Anliegen, dass die Lücken in den Reglementen geschlossen werden, sei es in der Gemeindeordnung oder im Geschäftsreglement. Das Büro wird deshalb voraussichtlich einen Vorschlag für die Ergänzung der fehlenden Bestimmung ausarbeiten und diese dem Parlament nächstes Jahr unterbreiten. Die Aufsicht könnte beispielsweise vom Parlament an die FGK, das Büro oder eine eigene Kommission delegiert werden oder es könnten die Bestimmungen für die PUK angepasst werden. Spezielle Beachtung soll dabei auch die Problematik haben, dass die betroffenen Beschwerdeparteien nicht gleichzeitig der Aufsichtsinstanz angehören und über die Beschwerde entscheiden können.

Das Vorgehen heute sieht wie folgt aus:

Bevor das Geschäft beraten wird, sollen die involvierten Parteien nochmals die Gelegenheit haben, ihren Standpunkt in je maximal fünf Minuten darzulegen.

Anschliessend wird das Parlament über den Bericht der FGK beraten und abschliessend entscheiden, dabei treten die in die Beschwerde involvierten Parteien in den Ausstand. Zum Vorgehen in der Beratung liegt ein Ordnungsantrag der Fraktionspräsidien vor.

**Dieter Feuerle, SP:** Vor fast genau einem Jahr ereignete sich diese unangenehme Sache. Diese für uns untolerierbare, eigenmächtige Handlung des Einbürgerungskommissions-Präsidenten zwang uns, diese Beschwerde einzureichen. Wohlverstanden versuchten wir, das Problem zuerst intern zu lösen. Jedoch die Tatsache, dass der Präsident keinerlei Einsicht zeigte und sich zudem völlig unkollegial und undemokratisch verhielt, brachte das Fass zum Überlaufen. Die ganze Schuld wurde der Verwaltung zugeschoben und er behauptete, die Verwaltung hätte der Einbürgerungskommission absichtlich Informationen vorenthalten. Dabei hatten wir diesen Vorwurf an der Sitzung vom 2. Dezember 2008 in der Einbürgerungskommission besprochen und wurden aufgeklärt, dass sämtliche Akten für alle Einbürgerungskommissions-Mitglieder jederzeit zugänglich sind. Obwohl er das gewusst hat, behauptete er einen Tag später an der Kantonsratssitzung vom 3. Dezember 2008 das Gegenteil. Ein pflichtbewusster Präsident wäre seinem Job nachgegangen und hätte die Akten genauestens überprüft, bevor sie der Einbürgerungskommission zur abschliessenden Entscheidung vorgelegt werden. Doch natürlich ist es einfacher, den schwarzen Peter der Verwaltung zuzuschieben, anstatt den Fehler bei sich zu suchen, das ist klar.

Ein weiterer Punkt macht die Sache noch schlimmer: Im Bericht der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission wurde festgehalten, dass mindestens ein Mitglied der Einbürgerungskommission eine Sitzung verlangt habe. Es waren sogar zwei; nämlich Ekin Yilmaz und ich. Zwei weitere Mitglieder konnten sich wegen Ortsabwesenheit nicht bis zur gesetzten Frist melden. Der Präsident der Einbürgerungskommission hat dies so lange abgestritten, bis ich vor der Geschäftsprüfungskommission jenes E-Mail vorgelesen habe, woraus klar ersichtlich ist, dass sowohl Ekin Yilmaz als auch ich eine Sitzung verlangt haben. Ausserdem hat der Präsident kein Protokoll zum Zirkulationsbeschluss verfasst.

Eine ausserordentliche Sitzung wäre deshalb nötig gewesen, weil es um eine wichtige Sache ging und der Vorwurf im Raum stand, die Verwaltung hätte der Einbürgerungskommission absichtlich Informationen vorenthalten. Die absichtliche Unterdrückung von Akten ist laut Art. 254 des Strafgesetzbuches sogar strafbar! Wenn man von einem derartig grossen Fehler spricht, kann das Problem nicht per Mail mittels Zirkulationsbeschluss gelöst werden. Man sollte sich zusammensetzen und die Sache analysieren und besprechen. Es ist uns klar, dass die Zeit dazu äusserst knapp war. Auch wenn niemand eine Sitzung verlangt hätte und es sehr schwierig gewesen wäre, kurzfristig einen gemeinsamen Sitzungstermin zu finden, kann der Präsident nicht eigenmächtig handeln.

Von den Leuten, die sich einbürgern lassen erwarten wir, dass sie sich ohne wenn und aber an unsere Gesetze, Verordnungen und Reglemente halten. Das Gleiche erwarten wir auch vom Präsidenten der Einbürgerungskommission Arbon. Dieser Grundsatz sollte in einer wertorientierten Stadt hochgehalten werden.

**Andrea Vonlanthen, SVP:** Kommen wir kurz zur Sache. Am 18. November 2008, also vor über einem Jahr, werden mir von Mitgliedern der kantonalen Justizkommission Vorbehalte gemacht: Kritisiert wird, dass wir in Arbon eine junge Frau eingebürgert haben, obwohl eine Strafverfügung wegen Urkundenfälschung gegen sie vorliegt. Ich weise darauf hin, dass unsere EBK über diese Strafverfügung gar nicht in Kenntnis gesetzt worden war. Ein Protokollauszug der Justizkommission legt in diesem Zusammenhang dar, dass diese dem Gesuch darum zustimmte, weil es meine Unterschrift trug. Kommissionspräsident Heinz Herzog sagte gemäss Protokoll, das Gesuch sei ja von Andrea Vonlanthen unterschrieben und daher sicher gründlich geprüft worden. Das war es auch – bis auf die Fakten, die uns vorenthalten wurden.

Gleichentags ersuche ich die Verwaltung um eine Stellungnahme. Diese folgt einen Tag später schriftlich. Darin heisst es:

„Aufgrund des leichten Falles und des sonst einwandfreien Leumundes der Gesuchstellerin sah die Abteilung Einwohner und Sicherheit in Absprache mit dem zuständigen Mitglied des Stadtrates keine Veranlassung, dieses Vorkommnis in den Akten besonders zu erwähnen.“

Daraus folgt:

2. Die EBK wurde bewusst nicht informiert.
3. Die politische Verantwortung für diesen Vorfall, ja möglicherweise einen Fall von Amtsmissbrauch, trägt die zuständige Stadträtin.

Aufgrund dieser Situation erwäge ich einen Antrag an die kantonale Justizkommission auf Zurückstellung des erwähnten Gesuches. Dies auch darum, weil die EBK wenige Monate zuvor in einem ganz ähnlich gelagerten Fall selber eine Zurückstellung beschlossen hatte - mit Zirkulationsentscheid. Ich spreche mich mit dem Präsidenten der Justizkommission ab. Er zeigt sich erstaunt, dass die EBK nicht über alle relevanten Informationen verfügt hat und erklärt, ein Antrag auf Zurückstellung müsse bis spätestens Dienstag, 25. November, vorliegen. Wir haben fünf Tage Zeit.

Am gleichen Tag beantrage ich der EBK per Mail, der Justizkommission den Antrag zu stellen, das Gesuch der jungen Frau im Sinne einer Bewährungsfrist zurückzustellen. Für Rückmeldungen gewähre ich drei Tage Zeit. Nach Ablauf dieser Frist teile ich der EBK im Sinne eines Protokolls mit:

1. Drei Mitglieder unterstützen den Antrag an die Justizkommission.
2. Drei weitere Mitglieder haben nicht reagiert, womit Art. 3 des Handbuches zum Zuge kommt: „Stillschweigen oder verspätete Mitteilung einer Ablehnung gilt als Zustimmung.“
3. Ein Mitglied wünscht eine ausserordentliche Sitzung.

Das heisst: Eine offensichtliche Mehrheit spricht sich direkt oder indirekt für den Antrag an die Justizkommission aus.

Aus Respekt vor Minderheiten in der Kommission kläre ich sofort ab, ob es terminlich möglich wäre, eine ausserordentliche Sitzung abzuhalten, obwohl das Handbuch eine solche Möglichkeit gar nicht vorsieht. Diverse Rückmeldungen lassen erkennen, dass die Terminfrage aber nicht zu lösen ist.

Darauf überbringe ich den Antrag fristgerecht dem Präsidenten der Justizkommission. Auch für die Justizkommission lag hier, wie deren Sprecherin später im Grossen Rat feststellt, ein „verwaltungsinterner Fehler“ in Arbon vor.

Soweit die Vorgeschichte. Beizufügen bleibt:

Die Beschwerde wurde eingereicht, obwohl es in der EBK zu zwei ausführlichen Aussprachen gekommen ist. Die Beschwerdeführer wurden danach auch von mindestens vier verschiedenen Stellen (EBK, FGK, Parlamentspräsident, SP) ersucht, auf ihre durchsichtige Attacke zu verzichten. Doch sie waren an einer Lösung gar nie interessiert. Sie wollten den öffentlichen Schauprozess.

Zu fragen bleibt letztlich: Warum wird eine Beschwerde gegen den Präsidenten der EBK eingereicht und nicht gegen die zuständige Stadträtin, welche letztlich die Verantwortung für die ganze Entwicklung trägt? Die Antwort liegt auf der Hand: Weil es ideologische Gründe verbieten, eine Stadträtin aus der eigenen Partei ins Zwicklicht zu bringen.

Eine Nachbemerkung: Der Fall zeigt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dass es nicht für jede Situation eine Gesetzesbestimmung gibt. Manchmal kann einfach pragmatisches Handeln erforderlich sein – wie heute. Was Sie hier und heute tun, entbehrt einer gesetzlichen Grundlage. Für eine öffentliche Veranstaltung „Parlament diskutiert eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Präsidenten der Einbürgerungskommission“ gibt es keine

gesetzliche Grundlage. Sie riskieren also die nächste Aufsichtsbeschwerde jener querulatorischen Gemüter, die sich gerne zu rechtlichen Sittenwächtern aufspielen. Ich will Ihnen das einfach auch gesagt haben.

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Sie haben nun die beiden Parteien gehört. Ich bitte nun Andrea Vonlanthen, SVP, Dieter Feuerle und Ekin Yilmaz, beide SP und Gewerkschaften den Saal zu verlassen.

Im Saal sind nun 27 Personen anwesend das absolute Mehr 14 Stimmen.

Somit können wir mit der Beratung beginnen. Sie haben den Bericht der FGK vom 21.11.2009 vorliegen, den wir in dieser Sitzung beraten und wir stimmen über den Beschlussantrag ab, der heisst:

- 1. Es wird festgestellt, dass der Präsident der Einbürgerungskommission mit dem Zirkulationsbeschluss vom 24. November 2008 eine Ordnungsvorschrift verletzt hat.
- 2. Im Übrigen wird die Aufsichtsbeschwerde im Sinne der Erwägungen abgewiesen, soweit überhaupt darauf einzutreten ist.

Ich bitte nun Erica Willi-Castelberg, Fraktionspräsidium den Ordnungsantrag für die FGK zu formulieren.

**Erica Willi-Castelberg, Fraktionspräsidium:** Ordnungsantrag: Die Fraktionspräsidien sind sich einig, dass es wenig Sinn macht, wenn über die Beschwerde nun des Langen und Breiten diskutiert wird, zumal die FGK eine sehr gute Vorarbeit geleistet hat und die Fakten und Anträge somit auf dem Tisch liegen. Deshalb beantrage ich im Namen meiner Kollegen, dass pro Fraktion nur eine Person das Wort ergreift.

**Roland Schöni, SVP:** Ich stelle den Antrag, den Ordnungsantrag zurückzuweisen.

**://: Der Ordnungsantrag wird mit 21 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.**

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Ich weise darauf hin, die Voten auf 5 Minuten zu beschränken

**Margrit Bollhalder Schedler, SVP:** Ich weiss nicht wie es Ihnen ergangen ist, als Sie den Bericht bezüglich der Beschwerde von Didi Feuerle und Ekin Ilmaz gelesen haben.

Mir sind jedenfalls sprichwörtlich die Haare zu Berge gestanden. Was hier von Seiten der Beschwerdeführer abgezogen wurde, spottet jeder Beschreibung.

Ich frage mich, wieso sich die beiden Beschwerdeführer in dieser Angelegenheit nicht an ihre Stadträtin gehalten haben, zumal der ursächliche Fehler der ganzen Geschichte eindeutig in der Tatsache liegt, dass der EBK die Strafverfolgung der den Fall betreffenden Person verschwiegen wurde.

Und dies – wohlgemerkt - in Absprache mit der zuständigen Stadträtin.

Diesen verwaltungsinternen Fehler hat – wenn schon über Versäumnisse diskutiert werden soll - die zuständige Stadträtin zu verantworten und nicht als Folge davon der Präsident der EBK.

Die Tatsache, dass einerseits trotz Aufforderung von den Reklamanten der FGK keine sachdienlichen Unterlagen eingereicht wurden und andererseits Ekin Yilmaz als Beschwerdeführerin nicht einmal am Gespräch mit einem FGK-Ausschuss teilnahm, ist der Gipfel der Impertinenz.

Ein solches Vorgehen lässt jegliche politische Kultur vermissen und vor allem auch jegliche Kollegialität und Fairness.

Es geht hier nämlich auch um die Bedeutung einer kollegialen parlamentarischen Zusammenarbeit: und um die Art und Weise, wie man der Vielfalt von Meinungen innerhalb einer Kommission konstruktiv begegnet.

Auch in Situationen, die aufgrund mangelnder Erfahrungen grenzwertig sein können, jedoch den materiellen Entscheid nicht tangieren, sollte es von Seiten der Kommissionsmitglieder so etwas wie politischen Anstand und Respekt geben.

Nämlich Anstand und Respekt gegenüber dem langjährigen politischen Leistungsausweis des Präsidenten der EBK, Andrea Vonlanthen, und der Aufbauarbeit, die er in der EBK - und übrigens auch für unser Parlament, geleistet hat.

In diesem Fall scheint sich das Interesse der beiden Beschwerdeführer gar nicht auf einen Lösungsbeitrag gerichtet zu haben.

Vielmehr besteht der Eindruck, dass ein Bagatellvorfall, der innerhalb der Kommission hätte bereinigt werden können, auf Kosten des Steuerzahlers genutzt wurde, um den Präsidenten der EBK zum Sündenbock zu machen.

Ich frage mich sowieso, was das ganze Theater an Steuergeldern gekostet hat. Dazu kommt der Verschleiss an Energien und Kraft aller Beteiligten und jetzt auch noch die Thematisierung im Parlament - eine Unverhältnismässigkeit sondergleichen!

Falls die beiden Beschwerdeführer über einen Funken Achtung und Respekt gegenüber der parlamentarischen Tätigkeit verfügen, können sie dies unter Beweis stellen, indem sie aus der EBK zurücktreten und der Kommission so ein Klima ermöglichen, in dem sich konstruktiv und sachgerecht arbeiten lässt.

Andernfalls ist künftig eine der Sache dienliche Zusammenarbeit innerhalb der Kommission in dieser Zusammensetzung schwerlich bis gar nicht vorstellbar.

Aufgrund der dargelegten Fakten stellt sich die SVP gegen den ersten Beschlussesantrag, in dem festgestellt wird, der Kommissionspräsident habe eine Ordnungsvorschrift verletzt.

Andrea Vonlanthen hat in seinem Votum nachgewiesen, dass er gar nicht anders handeln konnte. Zudem hält die FGK ja selber fest, dass sich der frühere Verfahrensablauf als nicht praxisgerecht erwiesen habe.

Andrea Vonlanthen hat pragmatisch-korrekt gehandelt. Es wäre absurd, einem solchen Antrag zuzustimmen.

Ich kann den Kommissionsbeschluss, die Aufsichtsbeschwerde sei abzuweisen, im Namen der SVP nur voll unterstützen und beende meine Ausführungen mit einem Zitat von Theodor Heuss:

„Politik kann nie Kultur, Kultur aber Politik bestimmen.“

**Andreas Näf, FDP:** Ich spreche als Vizepräsident der Einbürgerungskommission und zugleich auch als Sprecher der FDP/DKL.

Mit Befremden stelle ich fest, dass eine Aufsichtsbeschwerde gegen eine Kommission gestellt wurde, welcher die Beschwerdeführer selbst angehören.

Den Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission Silke Sutter und Inge Abegglen sowie Lisa Schegg danke ich für die seriöse Aufarbeitung, den umfassenden Bericht und die vielen Stunden, die dahinter stehen. Den beschriebenen Sachverhalt kann ich in allen Teilen bestätigen.

Trotz unterschiedlicher Meinungen pflegen wir in unserer anspruchsvollen Kommissionsarbeit ein gutes Einvernehmen. In der Einbürgerungskommission können wir jedoch noch nicht auf eine jahrelange Praxis aufbauen. Deshalb sind wir eine lernende Organisation und müssen das Handbuch laufend den gemachten Erfahrungen anpassen. Umso mehr bedaure ich, dass wir das Thema dieser Aufsichtsbeschwerde hier im Parlament traktandiert haben.

In der EBK-Sitzung vom 23. Februar 2009 habe ich das Thema Beschwerde von Ekin Yilmaz und Didi Feuerle angesprochen, da ich von verschiedenen Leuten darauf angesprochen wurde, offiziell aber noch nichts davon wusste. Ich bedaure, dass es mir und weiteren Mitgliedern der EBK an dieser Sitzung nicht gelungen ist, einen lösungsorientierten Ansatz angehen zu können. Ich bedaure, dass die Angelegenheit nicht intern gelöst werden konnte.

Ich bedaure auch, dass dies dem Büro und der FGK auch nicht gelungen ist.  
Aus diesen Gründen unterstützt die FDP/DKL-Fraktion und auch ich als Vize den Beschlussesantrag der FGK.

**Ueli Troxler, SP:**

1. Wir danken den EK-Kommissionsmitgliedern für die Aufsichtsbeschwerde und sind froh für deren Aufarbeitung.
2. Wir finden es bedenklich, dass der Kommissionspräsident die eigens von der Kommission gesetzten Abläufe willkürlich handhabte.
3. Regeln schaffen gleiche Bedingungen für alle und dürfen nicht willkürlich abgeändert werden. Man kann sich an den Ritualen stören, aber sie schützen vor Willkür bei heiklen Geschäften.
4. Wir hoffen, dass die Aufsichtsbeschwerde einen Lernprozess ausgelöst hat, auch Parlamentarier können aus Fehlern lernen.
5. Es ist zu wünschen, dass das Parlament in Zukunft schneller Wege findet, solche Unzulänglichkeiten zu beheben.
6. Es brauchte keine PUK sondern nur ein Parlament, das sich als demokratische Institution ernst nimmt und ParlamentarierInnen, die diese Haltung leben.

**Roman Buff, CVP/EVP:** Eigentlich habe ich dazu nicht sprechen wollen, aber da nun alle anderen Fraktionen das Wort ergriffen haben, tue ich es auch noch. Diese Aufsichtsbeschwerde stimmt mich traurig und macht mich auch wütend, nämlich, dass es der EBK selbst an einer langen Sitzung einer FGK-Subkommission mit den beiden Parteien, wo der EBK-Präsident Hand für eine gütliche Regelung gereicht hat, und auch den Genossinnen und Genossen der SP-Fraktion nicht gelungen ist, diese Sache intern gütlich zu regeln und so diese Beschwerde öffentlich im Parlament zur Diskussion steht und Arbon wieder einmal in einem schlechten Lichte steht und eine solches juristisches Papier, das für mich als Nichtjurist einer Dissertation gleicht, nötig war.

**::/:** Antrag:1 wird mit 18 zu 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen

**::/:** Antrag 2: wird mit 27 bei 1 Enthaltung angenommen.

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Ich möchte mich an dieser Stelle bei der FGK und ihrer Präsidentin für den ausführlichen und guten Bericht bedanken. Der Entscheid wird den Beschwerdeparteien noch schriftlich zugestellt.

Ich bitte nun Andrea Vonlanthen, SVP, Dieter Feuerle und Ekin Yilmaz, beide SP und Gewerkschaften in den Saal zurückzuholen.

#### **5. Botschaft Friedhofgärtnerhaus:** Bildung einer Kommission

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Wie ich bereits anfangs dieser Sitzung erläutert habe, beantragt das Büro dem Parlament die Bildung einer 5er-Kommission.

Für die Bildung haben die Fraktionspräsidien bereits vorab folgende Vorschläge eingereicht:

- Dieter Feuerle, SP und Gewerkschaften
- Remo Bass, CVP/EVP
- Andreas Brüscheiler, SVP
- Max Gimmel, FDP/DKL
- Werner Keller, FDP/DKL

Für das Präsidium stellt sich zur Verfügung: Dieter Feuerle, SP und Gewerkschaften  
Gibt es weitere Vorschläge?

Gemäss Art. 57 Abs. 3, werden Mitglieder und Präsidium von parlamentarischen Kommissionen offen gewählt, sofern nicht ein Parlamentsmitglied geheime Wahl verlangt. Sie können gesamthaft gewählt werden.

Wir stimmen zuerst über die Kommissionszusammensetzung ab.

**::/:** Die Kommissionszusammensetzung wird mit 28 bei 2 Enthaltungen gewählt.

**::/:** Dieter Feuerle, SP wird als Präsident der Kommission mit 28 Stimmen bei 2 Enthaltungen gewählt.

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Besten Dank an die Kommissionsmitglieder. Ich wünsche der Kommission

erfolgreiche Kommissionsberatungen und danke Dieter Feuerle, dass er sich für das Präsidium zur Verfügung gestellt hat.

## 6. Fragerunde

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Es liegt eine vorzeitig eingereichte Frage vor. Die Frage zum Thema Befremdende Öffnungszeiten an den Feiertagen stammt von Fabio Telatin, SP und Gewerkschaften.

**Fabio Telatin, SP:** Leider wurde ich erst durch den Leserbrief im Felix auf den Entscheid des Stadtrats Arbon aufmerksam, dass am 26.12.09 (Stephanstag) und am 02.01.10 (Berchtoldstag) die Läden von 08.00-18.00 Uhr öffnen dürfen. Als Familienvater, Katholik, Gewerkschafter - und ich glaube auch im Namen vieler anderer Menschen wie Verkäuferinnen oder Christen -, kann ich auf den Entscheid nur mit Kopfschütteln reagieren. Wie weit ist unsere Gesellschaft eigentlich? Wenn einmal Freitag, Samstag und Sonntag die Läden geschlossen sind (ausgenommen Tankstellenshops) geraten wir in Panik. Ich finde dies den Verkäufer/innen gegenüber diskriminierend. Die Frauen und Männer möchten sicher auch mal drei Tage mit der Familie und ihren Kindern, mit ihren Freunden oder Partnern in Ruhe geniessen. Sind uns unsere Feiertage nicht mehr heilig? Viele Leute aus verschiedenen Glaubensrichtungen würden gerne über die Feiertage die Geburt Christi feiern und bei besinnlicher Andacht die Tage im Kreise der Familie geniessen. Auch aus gewerkschaftlicher Sicht ist es völlig unsinnig, dass die Läden samstags geöffnet sind, denn es wird nicht mehr Einnahmen geben. Trotz halbleeren Geschäften bleiben immer mehr Läden bis spät am Samstagabend offen. Für die Verkäuferinnen und Verkäufer bedeutet das: Verzicht auf ein richtiges Leben. Soziale Kontakte macht das fast unmöglich. Und es wird immer schlimmer.

Tatsächlich sind in den letzten Jahren die Ladenöffnungszeiten – und damit die Betriebszeiten – um 20 Prozent ausgedehnt worden. Konkret heisst das: es wird heute im Verkauf ein Tag länger gearbeitet als noch vor zehn Jahren. Besonders hart treffen die längeren Öffnungszeiten Eltern mit Kindern, die betreut werden müssen. Schon heute können laut einer Umfrage nur fünf Prozent ihre Kinder in eine Krippe geben, sechs Prozent in den Kindergarten oder die Schule. Der Rest sucht sich andere, private Lösungen, denn die Ladenöffnungszeiten gehen mittlerweile weit über die Öffnungszeiten der Betreuungsangebote hinaus. Kein Wunder, sind nicht einmal ein Viertel der befragten Verkäuferinnen und Verkäufer mit den Ladenöffnungszeiten zufrieden.

Bei diesen Arbeitszeiten und dem tiefen Lohn werden in Zukunft immer weniger Jugendliche eine Verkaufslehre machen wollen. Deshalb kann ich nur die Leute dazu ermuntern am 26.12.09 wie auch am 02.01.10 nicht einkaufen zu gehen.

Deshalb meine Fragen an den Stadtrat

1. Weshalb hat man sich für die Öffnung entschieden?
2. Hat der Stadtrat sich nur aus wirtschaftlichen Gründen dafür entschieden? Inwieweit hat der Stadtrat auch die Interessen der Verkäufer/innen mit ihren Familien berücksichtigt?
3. Ich frage sie: bitte geben sie mir gute Gründe wieso wir an Weihnachten und Feiertagen die Läden öffnen sollten.

**Stadtammann Martin Klöti:** Am 15.06.09 haben wir ein Gesuch vom Coop Ostschweiz erhalten, dass die Geschäfte am 26. Dezember 2009 und am 02. Januar 2010 geöffnet werden dürfen, da es sich nur um Ruhetage nicht aber um Feiertage handelt. Das Gesetz über öffentliche Ruhetage erlaubt der Gemeinde, vier Sonntage im Jahr zu bewilligen. Da diese Konstellation, drei Tage geschlossene Geschäfte, selten ist und der Stadtrat sich an den umliegenden Gemeinden orientierte, auch wollte man eine Vermeidung von Einkaufstourismus nach St. Gallen, wurde der Beschluss gefasst, diese 2 Tage zu bewilligen. Coop und Migros werden nun jedoch die Geschäfte am 26.12.2009 nicht öffnen, Aldi und Lidl ist an diesem Tag offen. Am 02. Januar 2010 haben alle geöffnet. Am 20. Dezember 2009 ist genereller Sonntagsverkauf in Arbon.

**Mündlich** gestellte Fragen:

**Margrit Bollhalder Schedler SVP:** Ich habe meine Fragen vorgängig deshalb nicht eingereicht, da ich davon ausgehe, dass diese keiner Abklärungen bedürfen.

Am 22. Oktober 2010 war der Presse zu entnehmen, dass der Stadtrat beschlossen hat, das Anbringen der Plakate für die Minaretsverbotsinitiative nicht zuzulassen. Der Stadtrat fühlte sich dazu berufen, obwohl überhaupt keine entsprechende Anfrage von Seiten des Initiativkomitees eingegangen war.

Dieses Vorgehen hat ausser der Medienpräsenz für den Stadtmann und einer Beschwerde gegen den Stadtrat für Arbon überhaupt nichts gebracht.

Der Versuch des Stadtrates, durch das Plakatverbot die Meinungsbildung zu beeinflussen und die freie Meinungsäusserung zu beschneiden, ist in einer demokratischen Gesellschaftsordnung, wo Meinungsfreiheit ein Grundrecht des Bürgers darstellt, ein höchst bedauerlicher Vorgang.

Nachdem der Stadtrat durch diesen voreiligen Beschluss dem Abstimmungskomitee aufgrund der Beschwerde eine symbolische Entschädigung bezahlen muss, bitte ich um eine Antwort auf folgende Fragen:

1. Was hat den Stadtrat bewogen an seiner Sitzung vom 2. November 2009 die Meinung zu ändern und das Plakatverbot wieder aufzuheben?

2. Wie hoch ist die symbolische Entschädigung, die an die Beschwerdeführerin bezahlt werden muss und aus welcher Kasse wird diese beglichen?

**Stadtmann Martin Klöti:** Im Wissen um das Grundrecht der freien Meinungsäusserung hat der Stadtrat an seiner Sitzung vom 19. Oktober 2009 beschlossen, Anfragen zur Anbringung des SVP Anti-Minarett-Plakats auf stadteigenen Plakatständern auf öffentlichem Grund in Arbon abschlägig zu behandeln. Begründet war der Entscheid damit, dass dem Stadtrat die Integration von Migrantinnen und Migranten ein wichtiges Anliegen ist. Mit dem Beschluss wollte der Stadtrat die Integrationsbemühungen der Stadt Arbon hervorheben. Nach der Zeichensetzung wurde der Beschluss an der Stadtratssitzung vom 02. November 2009 aufgehoben.

Vom Beschwerdeführer hat die Stadt bis heute keine Rechnungsstellung für eine Entschädigungszahlung erhalten.

## **7. Verschiedenes**

### **• Informationen aus dem Stadtrat**

**Stadtmann Martin Klöti:** Gerne mache auf die Neujahrsbegrüssung am Sonntag 03. Januar 2010 um 16.30 Uhr im Seeparksaal aufmerksam, an der auch die Arbonerin des Jahres 2009 geehrt wird. Zu erwähnen ist auch, das angelaufene Projekt Freiraumgestaltung Altstadt und die gut besuchte NLK-Präsentation im Zik und an der ARWA.

### **• Parlamentarischer Vorstoss**

Folgender Vorstoss ist zirkuliert und mit 16 Unterschriften versehen worden und wird an den Stadtrat weitergeleitet:

**Motion von Andrea Vonlanthen, SVP** betreffend „Einführung von Sozialdedektiven“

**Präsident Bernhard Bertelmann:** Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Wir sind am Ende dieser Sitzung angekommen und ich danke ihnen allen für die aktive Mitarbeit und ihr Interesse. Die Sitzung war lang und intensiv. Im Foyer stehen für alle Nüsse, Mandarinen und einige Süssigkeiten bereit. Wir möchten sie auf diese Weise langsam in Weihnachtsstimmung versetzen und wünschen ihnen besinnliche und friedliche Weihnachten.

Im Neuen Jahr treffen wir uns zur nächsten, 19. Parlamentssitzung, wieder.

Ich wünsche ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit.

Schluss der Sitzung: 23.45Uhr



Für die Richtigkeit des Protokolls: **(Wegen der defekten Tonanlage konnte kein ausführlicheres Protokoll erstellt werden).**

Die Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Bernhard Bertelmann

Evelyne Jung

Nächste Parlamentssitzung: Dienstag, 23. Februar 2010, Seeparksaal, Beginn 19.00 Uhr.